

Lutherischer Weltbund – eine Kirchengemeinschaft

150, route de Ferney
Postfach 2100
CH-1211 Genf 2, Schweiz

Telefon: +41/22-791 61 11
Fax: +41/22-791 66 30
E-Mail: info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org

Chefredakteurin

Karin Achtelstetter
ka@lutheranworld.org

Deutsche Ausgabe

Dirk-Michael Gröttsch
dmg@lutheranworld.org

Englische Ausgabe

Pauline Mumia
pmu@lutheranworld.org

Layout

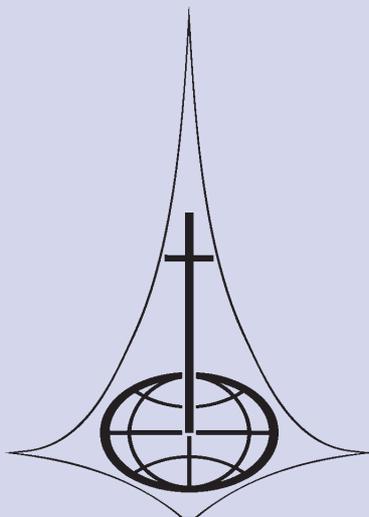
Stéphane Gallay
sga@lutheranworld.org

Vertrieb/Abonnement

Janet Bond-Nash
jbn@lutheranworld.org

Die Lutherische Welt-Information (LWI) wird
als Informationsdienst des Lutherischen
Weltbundes (LWB) herausgegeben.

Veröffentlichtes Material gibt, falls dies
nicht besonders vermerkt ist, nicht die
Haltung oder Meinung des LWB oder
seiner Arbeitseinheiten wieder. Die in der
Lutherischen Welt-Information mit „LWI“
gekennzeichneten Beiträge können kostenlos
mit Quellenangabe abgedruckt werden.



FEATURE: „Wenn Frieden ist, gehen wir wieder zur Schule“ – „Aber wann ist das?“

Wenn die brütend heisse Mittags-
sonne auf Rumbek im Südsudan her-
unterbrennt, dann trifft sie auch die
siebenjährige Ayen Chol, die oft direkt
neben den Ruinen zerstörter Häuser
Wasser aus einem Brunnen schöpft.

Seit im Januar 2005 im benachbar-
ten Kenia ein umfassendes Friedensab-
kommen zwischen der sudanesischen
Regierung und der Rebellenorganisati-
on SPLM/A (Sudanese People's Libera-
tion Movement/Army) abgeschlossen
wurde, können die Kinder in Rumbek
wieder frei draussen herumlaufen und
spielen. Es besteht Hoffnung, dass die
nach fast dreijährigen Verhandlungen
erzielten Vereinbarungen diesen seit
über zwei Jahrzehnten andauernden
Krieg beenden könnten.

„Frieden ist gut“, meint Chol, die
über einen Dolmetscher mit uns spricht,
während andere Kinder und Frauen am
Brunnen stehen und zuschauen. „Dann
können wir wieder in die Schule gehen.
Wir bekommen wieder Kleider und Bücher und haben genug zu essen.“



„Frieden ist gut“, betont die siebenjährige Ayen Chol.
© Frederick Nzwilli

(Siehe Seite 16)

Themen dieser Ausgabe

Tod von Papst Johannes Paul II. markiert Ende eines höchst bedeutsamen Pontifikats 3

Der Tod von Papst Johannes Paul II. am
Abend des 2. April markiere nicht nur
das Ende des Lebens „eines wahrhaft
aussergewöhnlichen Menschen“, sondern
auch eines höchst bedeutsamen Pontifikats
der römisch-katholischen Kirche...

Pfr. Frank Otfried July wird neuer württembergischer Landesbischof.....8

Die Landessynode der Evangelischen
Landeskirche in Württemberg hat Pfr. Frank
Otfried July am Donnerstag, 10. März, zum
neuen Landesbischof gewählt. Der 50-jährige
Leiter des Diakoniewerks Schwäbisch Hall
erreichte bereits im ersten Wahlgang die
erforderliche Zweidrittelmehrheit...

ELKA-Kirchenrat beschliesst Empfehlungen zur Homosexualität .. 11

Die Landessynode der Evangelischen
Landeskirche in Württemberg hat Pfr. Frank
Otfried July am Donnerstag, 10. März, zum
neuen Landesbischof gewählt.

Zweiter Interreligiöser Friedensgipfel mit mehr als 200 afrikanischen ReligionsvertreterInnen 13

Mehr als 200 VertreterInnen verschiedener
religiöser Traditionen in Afrika nehmen am
Zweiten Gipfel der Interreligiösen Initiative
für Frieden in Afrika (IFAPA) teil, der vom
18. bis 25. April in Benoni in der Nähe von
Johannesburg (Südafrika) stattfindet...

Aus dem Inhalt

Zum Tod von Papst Johannes Paul II.

- 3..... Tod von Papst Johannes Paul II. markiert Ende eines höchst bedeutsamen Pontifikats
- 5..... LWB-Präsident Hanson würdigt ökumenisches Engagement von Papst Johannes Paul II.
- 6..... Generalsekretär Noko vertritt LWB bei Beisetzung des Papstes

Communio

- 7..... LWB-Exekutivkomitee empfiehlt, Bischof Obare Beauftragung als Berater des Rates zu entziehen
- 7..... Verdächtiger festgenommen – Mord an brasilianischer lutherischer Missionarin
- 8..... Pfr. Frank Otfried July wird neuer württembergischer Landesbischof
- 9..... UN-Anhörung über frühzeitige Verhinderung von Völkermorden
- 10..... Moskau: Zwölfte Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche Europäisches Russland
- 11..... Bischof Ole Christian M. Kvarme zum neuen Bischof von Oslo ernannt
- 11..... ELKA-Kirchenrat beschliesst Empfehlungen zur Homosexualität

LWB-Sekretariat

- 13..... Zweiter Interreligiöser Friedensgipfel mit mehr als 200 afrikanischen ReligionsvertreterInnen
- 13..... ChristInnen und MuslimInnen diskutieren Auswirkungen der Scharia in Nordnigeria

Features & Themen

- 15..... Partnerschaft und Zusammenarbeit als Antwort auf Flutkatastrophe in Indien
- 16..... FEATURE: „Wenn Frieden ist, gehen wir wieder zur Schule“ – „Aber wann ist das?“
- 19..... FEATURE: Religiöse Gemeinschaften in Liberia und Sierra Leone rufen zur Hoffnung auf

Kurznachrichten

- 2..... Evangelische Kirche AB in Rumänien und EKD unterzeichnen Partnerschaftsvertrag
- 2..... Teil II des Lutherischen Handbuchs liegt vor
- 6..... Neue anglikanisch-lutherische Veröffentlichung über ökumenische Vereinbarungen der letzten drei Jahrzehnte
- 18..... Ökumenisches Forschungsinstitut feiert 40-jähriges Bestehen

Evangelische Kirche AB in Rumänien und EKD unterzeichnen Partnerschaftsvertrag

Der Bischof der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Rumänien, Dr. Christoph Klein, und der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Dr. Wolfgang Huber, haben am 25. Februar 2005 einen Partnerschaftsvertrag unterzeichnet. Laut einer Presseerklärung der EKD, betonten beide Seiten bei der Unterzeichnung in Hannover (Deutschland), dass der Vertrag ein Signal für eine positive Entwicklung sei. Der neu abgeschlossene Vertrag sei nun ein „äusseres Zeichen einer gleichberechtigten Partnerschaft“. Vereinbart wurden beispielsweise „Begegnungen und Konsultationen auf der Ebene der Kirchenleitungen sowie gemeinsame Tagungen von Fachleuten“ oder die „Förderung des gegenseitigen Austausches von Geistlichen, Mitarbeitenden, Studierenden“.

Die Evangelische Kirche AB in Rumänien hat durch die Entwicklungen der letzten Jahre einen einschneidenden Veränderungsprozess durchlaufen. In den letzten zwei Jahrzehnten sind die deutschen Gemeindemitglieder in grosser Zahl vor allem nach Deutschland abgewandert. So ging die Zahl der Mitglieder seit 1987 von 120.000 auf heute rund 14.600 zurück. Inzwischen hat sich die Kirche konsolidiert. Mit umfangreicher kirchlicher und diakonischer Hilfe insbesondere aus Deutschland hat sie sich einem einschneidenden Umstrukturierungsprozess unterzogen hin zu einer ökumenisch offenen Diasporakirche.

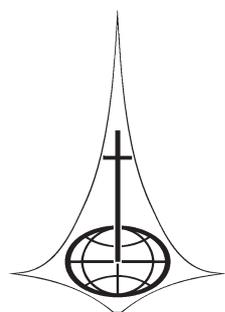
Seit 1964 gehört die Evangelische Kirche AB in Rumänien zum Lutherischen Weltbund (LWB). *(196 Wörter)*

Teil II des Lutherischen Handbuchs liegt vor

Teil II des Handbuchs des Lutherischen Weltbunds (LWB) liegt gedruckt vor. Dieser Teil enthält das Organigramm des LWB, Verfassung und Ausführungsbestimmungen auf Englisch sowie auf Deutsch, Informationen über den LWB-Stiftungsfonds, das Genfer Sekretariat und die Stabsmitglieder sowie die Länderprogramme der Abteilung für Weltdienst. Ferner werden die Mitgliedskirchen in ihrer Originalbezeichnung und in den vier offiziellen Sprachen des LWB aufgelistet.

Zusätzliche Exemplare des Handbuchs (Teil I und II) sind zum regulären Preis von 22 CHF, 15 EUR oder 18 USD (inkl. Ordner) bzw. 18 CHF, 12 EUR oder 15 USD (exkl. Ordner) erhältlich. Bestellungen richten Sie bitte an: LWB-Büro für Kommunikationsdienste, 150, route de Ferney, Postfach 2100, CH-1211 Genf 2, Schweiz, Tel. +41/22-791 6111, Fax +41/22-791 6630, E-Mail info@lutheranworld.org

(125 Wörter)



Tod von Papst Johannes Paul II. markiert Ende eines höchst bedeutsamen Pontifikats

LWB würdigt einen „wahrhaft aussergewöhnlichen Menschen“

Genf, 2. April 2005 (LWI) – Der Tod von Papst Johannes Paul II. am Abend des 2. April markiere nicht nur das Ende des Lebens „eines wahrhaft aussergewöhnlichen Menschen“, sondern auch eines höchst bedeutsamen Pontifikats der römisch-katholischen Kirche, das mit einer entscheidenden Phase der Menschheitsgeschichte zusammengefallen sei, so der Lutherische Weltbund (LWB) in einer Erklärung, die unmittelbar nach dem Tod des 84-jährigen Papstes veröffentlicht wurde.

Die römisch-katholische Kirche habe während des Pontifikats von Papst Johannes Paul II. „wesentlich zu bedeutenden ökumenischen Prozessen beigetragen“, insbesondere zu dem Netz bilateraler Dialoge zu Lehrfragen, für das sie sich seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil konsequent engagiert habe, betonte der Generalsekretär des LWB, Pfr. Dr. Ishmael Noko, in seiner Erklärung.

Die bilateralen Beziehungen zwischen dem Lutherischen Weltbund und der römisch-katholischen Kirche hätten während des Pontifikats von Johannes Paul II. „eine fruchtbare Entwicklung genommen“, erklärte Noko. Dies gelte insbesondere für die „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“. Mit deren Unterzeichnung am 31. Oktober 1999 in Augsburg (Deutschland) durch beide weltweite Gemeinschaften sei ein Meilenstein in dieser Beziehung erreicht worden. Die Gemeinsame Erklärung, so Noko, „stellt einen bedeutenden ökumenischen Durchbruch dar, der über die bilateralen Beziehungen der direkt beteiligten unterzeichnenden Parteien hinausgeht.“

Noko würdigte weiterhin die besondere Ausrichtung des Papstes auf persönliche Beziehungen, seine tiefe Spiritualität, die ihn in der Ausübung seiner grossen Verantwortung geprägt habe, sowie seine unermüdliche Suche nach den angemessensten Möglichkeiten für den römischen Pontifex, der Einheit der Kirche zu dienen. Der LWB-Generalsekretär hob die Enzyklika „Ut Unum Sint“ hervor, in der der Papst BischöfInnen unterschiedlicher christlicher Traditionen weltweit eingeladen habe, sich an der Diskussion darüber zu beteiligen, wie das Papstamt den Dienst an der Einheit der ChristInnen am besten ausüben könne.

Während für viele Kirchen die Institution des Papsttums an sich ausserhalb der Möglichkeiten liege, die sie für sich selbst übernehmen könnten, würden gleichzeitig jedoch viele ChristInnen anerkennen, dass



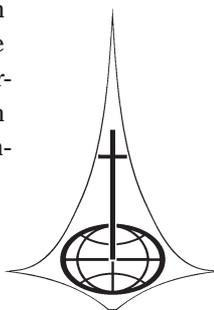
LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko während seines Treffens mit Papst Johannes Paul II. 1995 in Rom. © Servizio Fotografico de „L'O.R.“

Papst Johannes Paul II. einen wahrhaft beispielhaften pastoralen Dienst der Einheit gelebt habe, so Noko.

Auf seinen Reisen in viele Länder der Welt habe der Papst öffentlich die Messe an Altären gefeiert, die oft inmitten eines komplexen gesellschaftlichen und politischen Umfelds errichtet worden seien. Die „eucharistische Botschaft der Versöhnung in Christus“ sei hierdurch in eindringlicher Weise greifbar geworden, obwohl nur römisch-katholische Gläubige zum Empfang der Eucharistie eingeladen gewesen seien. Noko unterstrich, dass die ökumenischen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der eucharistischen Gemeinschaft auch weiterhin ein dringliches Anliegen in der Suche nach der Einheit der ChristInnen bleibe.

Papst Johannes Paul II. habe das Friedenspotenzial, das ein Handeln aus dem Glauben berge, erkannt, so LWB-Generalsekretär Noko. Dem Papst sei es in einzigartiger Weise gelungen, verschiedene ReligionsführerInnen in gemeinsamer Reflexion und vom Gebet geprägtem Engagement für den Frieden zusammenzuführen.

Der LWB-Generalsekretär zeigte sich überzeugt, dass Papst Johannes Paul II. aufgrund seines intensiven und aktiven Engagements für soziale Gerechtigkeit sowie seines Einsatzes „für die freie und allgemeine Ausübung religiösen Glaubens als fundamentales Menschenrecht“ in Erinnerung bleiben werde. Sein Pontifikat „war geprägt von der unermüdlichen Suche nach Möglichkeiten, wie die römisch-katholische Kirche in den verschiedenen Weltregionen dazu beitragen könnte, das aus politischer und wirtschaftlicher Un-



terdrückung, Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe oder der sozialen Schicht sowie aus Armut, Hunger und Krankheit erwachsende Leid zu lindern“.



Treffen der LWB-Delegation unter Leitung des ehemaligen LWB-Präsidenten Bischof Dr. Christian Krause im Dezember 1999 in Rom.
© Servizio Fotografico de „L'O.R.“

Erklärung des Generalsekretärs des Lutherischen Weltbundes, Pfr. Dr. Ishmael Noko, anlässlich des Todes von Papst Johannes Paul II.

Mit dem Tod von Papst Johannes Paul II. geht nicht nur das Leben eines wahrhaft aussergewöhnlichen Menschen zu Ende, sondern auch ein höchst bedeutsames Pontifikat der römisch-katholischen Kirche, das mit einer entscheidenden Phase der Menschheitsgeschichte zusammenfiel.

Johannes Paul II. wurde zu einer Zeit zum Papst gewählt, als noch niemand die Stabilität der kommunistischen Systeme Osteuropas in Zweifel zog. Mit seiner Rolle bei den Veränderungen, die schliesslich zum Fall des Eisernen Vorhangs und zur Öffnung der Grenzen in Europa führten, leistete er einen bedeutenden Beitrag zur Geschichte dieser Region und der Welt.

Aufgrund der konservativen Haltung von Johannes Paul II. wurde das Engagement dieses Papstes für die ökumenische Bewegung bisweilen hinterfragt. Es muss jedoch anerkannt werden, dass die römisch-katholische Kirche während seines Pontifikats wesentlich zu bedeutenden ökumenischen Prozessen beigetragen hat, insbesondere zu dem Netz bilateraler Dialoge zu Lehrfragen, für das sich die römisch-katholische Kirche seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil konsequent engagiert hat.

Papst Johannes Paul II. wird in Erinnerung bleiben um seiner besonderen Ausrichtung auf persönliche Beziehungen und seiner tiefen Spiritualität willen, die ihn in der Ausübung seiner ungeheuren Verantwortung prägte. Aus der unermüdlichen Suche von Johannes Paul II. nach den angemessensten Möglichkeiten für den römischen Pontifex, der Einheit der Kirche zu dienen, erwuchs seine Enzyklika „Ut Unum Sint“, in der er die BischöfInnen unterschiedlicher christlicher Traditionen weltweit einlud, sich an der Diskussion darüber zu beteiligen, wie das Papstamt den Dienst an der Einheit der ChristInnen am besten ausüben könnte. Zwar liegt für viele Kirchen die Institution des Papsttums an sich ausserhalb der Möglichkeiten, die sie für sich selbst übernehmen könnten, viele ChristInnen würden jedoch gleichzeitig anerkennen,

„Möge der Heilige Geist das Vermächtnis von Papst Johannes Paul II. dem göttlichen Plan entsprechend wirksam machen“, betonte Noko zum Abschluss seiner Erklärung.

Der am 18. Mai 1920 in Wadowice, einer Kleinstadt in der Nähe von Krakau (Polen), geborene Karol Józef Wojtyła wurde am 16. Oktober 1978 im Alter von 58 Jahren zum Papst gewählt. Wojtyła empfing 1946 die Priesterweihe, 1958 wurde er zum Weihbischof von Krakau ernannt. 1964 erhob ihn Papst Paul VI. zum Erzbischof von Krakau und drei Jahre später erfolgte die Ernennung zum Kardinal. Als Oberhaupt der weltweiten römisch-katholischen Kirche stand Papst Johannes Paul II. mehr als einer Milliarde KatholikInnen vor. (642 Wörter)

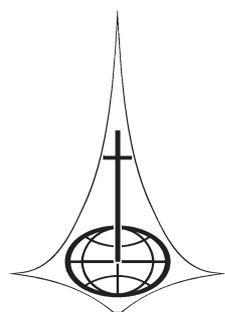
Im Folgenden finden Sie den vollständigen Wortlaut der Erklärung von LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko zum Tod von Papst Johannes Paul II.:

dass Johannes Paul II. einen wahrhaft beispielhaften pastoralen Dienst der Einheit lebte.

Für den Lutherischen Weltbund, der seit 1967 einen internationalen theologischen Dialog mit der römisch-katholischen Kirche führt, haben die bilateralen Beziehungen zwischen beiden weltweiten Gemeinschaften im Verlauf des Pontifikats von Johannes Paul II. eine fruchtbare Entwicklung genommen. Mit der Formulierung der „Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ und den Feierlichkeiten zu ihrer Unterzeichnung am 31. Oktober 1999 in Augsburg (Deutschland) wurde ein Meilenstein in dieser Beziehung erreicht. Die Gemeinsame Erklärung bringt eine Übereinstimmung in Grundwahrheiten im Blick auf die biblische Lehre von der Rechtfertigung zum Ausdruck, bei der es sich um einen der zentralen Streitpunkte der Reformationszeit handelte. Sie stellt einen bedeutenden ökumenischen Durchbruch dar, der über die bilateralen Beziehungen der direkt beteiligten unterzeichnenden Parteien hinausgeht.

In der gegenwärtigen Phase der ökumenischen Bewegung fällt es nicht leicht, sich vorzustellen, wie weitere grundlegende Fortschritte weltweit erzielt und wie zwischen der römisch-katholischen Kirche und anderen Kirchen Formen der Gemeinschaft verwirklicht werden können. In diesem Bereich werden in Zukunft neue Initiativen von Seiten der römisch-katholischen Kirche erforderlich sein.

Vom Beginn seines Pontifikats an engagierte sich Johannes Paul II. intensiv für soziale Gerechtigkeit und setzte sich aktiv für die freie und allgemeine Ausübung religiösen Glaubens als fundamentales Menschenrecht ein. Angesichts der immer deutlicher zu Tage tretenden enormen sozialen Herausforderungen, die aus der Globalisierung erwachsen, warnte Johannes Paul II. die Welt berechtigterweise vor den gefährlichen Folgen liberaler Marktkräfte.



Das Pontifikat von Johannes Paul II. war geprägt von der unermüdlichen Suche nach Möglichkeiten, wie die römisch-katholische Kirche in den verschiedenen Weltregionen dazu beitragen könnte, das aus politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung, Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe oder der sozialen Schicht sowie aus Armut, Hunger und Krankheit erwachsende Leid zu lindern. Er scheute sich nie, schwierige und risikoreiche Herausforderungen anzunehmen, oft entgegen den Empfehlungen seiner Berater. Bis in die letzten Tage seines Lebens hinein engagierte er sich persönlich bei der Lösung von Konflikten, insbesondere dort, wo religiöse Motive eine Rolle spielten. Der Papst brachte seine grosse Besorgnis über die aktuellen Spannungen weltweit zum Ausdruck, die manche Stimmen als Konflikt zwischen der muslimisch-arabischen Welt und dem christlichen Westen darstellen.

Johannes Paul II. erkannte das Friedenspotenzial, das ein Handeln aus dem Glauben birgt, und so gelang es ihm, in einer Form wie niemand sonst bisher, verschiedene ReligionsführerInnen in gemeinsamer Reflexion und vom Gebet geprägtem Engagement für den Frieden zusammenzuführen, wobei er den Schwerpunkt ausdrücklich bei dem durch Kriege und zahllose Konflikte verursachten qualvollen Leiden der Welt setzte.

Seine Reisen führten ihn in viele Teile der Welt, er feierte öffentlich die Messe an Altären, die oft inmitten eines komplexen gesellschaftlichen und politischen Umfelds errichtet worden waren. Die eucharistische Botschaft der Versöhnung in Christus wurde in eindringlicher Weise greifbar, obwohl nur römisch-katholische Gläubige zum Empfang der Eucharistie eingeladen waren.

Die ökumenischen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der eucharistischen Gemeinschaft bleiben auch weiterhin ein dringliches Anliegen in der Suche

nach der Einheit der ChristInnen, und die Kirchen sind aufgerufen, ihre Aufmerksamkeit auf diesen Bereich zu konzentrieren, damit in den kommenden Jahren mutige Schritte des Glaubens möglich werden.

Im Zusammenhang mit dem Wechsel vom zweiten zum dritten Jahrtausend ermutigte Papst Johannes Paul II. alle christlichen Kirchen, angesichts aller Fehlerhaftigkeit Busse zu tun und umzukehren, um mit Christus versöhnt und durch ihn gestärkt das neue Jahrtausend zu beginnen. Der Tag der Vergebung für die Sünden der Söhne und Töchter der Kirche war ein bewegendes Ereignis im Jubiläumsjahr, mit dem Johannes Paul II. geistliche Wegweisung zur Reue unter dem Kreuz Christi anbot.

Johannes Paul II. hinterlässt das Vermächtnis, der bisher meistgereiste Papst der Geschichte zu sein. Wie der Apostel Paulus seine vierte Missionsreise nach Spanien nicht verwirklichen konnte, so war es auch Johannes Paul II. nicht mehr möglich, die äusserst bedeutungsvollen Reisen zu unternehmen, die er geplant hatte. Sein Leben war eine mühevoll Pilgerreise im echten Sinn des Wortes, die ihn physisch wie spirituell enorm forderte. Wir wissen, dass er sich, egal ob zu Hause oder auf Reisen, täglich Stunden im Gebet sammelte, um Gottes Willen zu erkunden. Auch in diesem Sinne gab Johannes Paul II. Menschen in den verschiedensten geistlichen Leitungspositionen, ja Führungspersönlichkeiten und Gläubigen in allen Lebensbereichen ein Beispiel.

Möge der Heilige Geist das Vermächtnis von Papst Johannes Paul II. dem göttlichen Plan entsprechend wirksam machen.

Pfr. Dr. Ishmael Noko
Generalsekretär
Genf, 2. April 2005

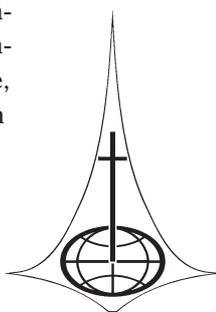
LWB-Präsident Hanson würdigt ökumenisches Engagement von Papst Johannes Paul II.

Papst ermöglichte beispielloses Wachstum in lutherisch/römisch-katholischen Beziehungen

Chicago (USA)/Genf, 6. April 2005 (LWI) – „Lutheraninnen und Lutheraner werden Johannes Paul II. als den Papst in Erinnerung behalten, der ein beispielloses Wachstum in den lutherisch/römisch-katholischen Beziehungen ermöglichte“, betonte Bischof Mark S. Hanson, Präsident des Lutherischen Weltbundes (LWB) und Leitender Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA), in einer Erklärung anlässlich des Todes von Papst Johannes Paul II. am 2. April.

Hanson betonte, Papst Johannes Paul II. habe in zahlreichen Bereichen Historisches geleistet. Insbesondere sein Engagement für die ökumenische Bewegung werde Vielen als prägende Dimension seines Wirkens im Gedächtnis bleiben.

Hanson verwies darauf, dass mit der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre (GE) durch den LWB und die römisch-katholische Kirche am 31. Oktober 1999 in Augsburg (Deutschland) der Heilung der durch die Reformation im 16. Jahrhundert aufgerissenen Wunden neue Bedeutung gegeben worden sei. Der LWB-Präsident brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass der „Geist des lebendigen Christus dieses Werk fortsetzt und eine noch tiefere Beziehung zwischen beiden Gemeinschaften herbeiführt“. Die GE formuliert einen Konsens in Grundwahrheiten der Rechtfertigungslehre, die in der Reformationslehre einen der wesentlichen Konfliktbereiche darstellte.



Hanson würdigte den überaus mutigen und weisen Dienst von Papst Johannes Paul II. an der Kirche und dessen Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden nicht nur in seiner polnischen Heimat, sondern im Namen der gesamten Schöpfung. Hanson hob die Zuwendung des Papstes zu allen Menschen unabhängig ihres Glaubens und ihrer Hautfarbe sowie dessen Liebe für die jungen Menschen hervor, die beispielhaft für seine Sorge um alle gewesen sei.

„Wir danken Gott für Leben und Wirken Johannes Pauls II. und beten darum, dass er die Menschen in der römisch-katholischen Kirche in diesen Tagen der Trauer und des Gedenkens stärken möge durch die Verheissung der Auferstehung Christi. Wir beten auch darum, dass Gottes Geist die Beratungen des Kardinalskollegiums leiten möge, das nun vor der Aufgabe steht, einen neuen Papst auszuwählen“, so Hanson abschliessend. (323 Wörter)

Generalsekretär Noko vertritt LWB bei Beisetzung des Papstes

Angesichts des „gemeinsamen Glaubensweges“ von LutheranerInnen und KatholikInnen ist Präsenz des LWB von Bedeutung

Genf, 7. April 2005 (LWI) – Der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Pfr. Dr. Ishmael Noko, wird den LWB bei den Beisetzungsfestlichkeiten von Papst Johannes Paul II. am Freitag, 8. April, im Vatikan vertreten.

Papst Johannes Paul II. war am 2. April im Alter von 84 Jahren verstorben. Nach dem Requiem am Freitagmorgen wird der Leichnam des Papstes in der Krypta des Petersdoms beigesetzt. Noko gehört zu VertreterInnen verschiedener christlicher Konfessionen und anderer Religionen, die zur Teilnahme an der Beisetzung geladen wurden.

Im Gespräch mit der Lutherischen Welt-Information (LWI) stellte Noko vor seiner Abreise nach Rom fest, die Präsenz des LWB bei der Beisetzung des Papstes sei von Bedeutung angesichts des „gemeinsamen Glaubensweges“ von LutheranerInnen und KatholikInnen, insbesondere im Kontext der Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre (GE).

Er nahm Bezug auf das Engagement von Papst Johannes Paul II. für den internationalen Dialogprozess, der am 31. Oktober 1999 in die Unterzeichnung der GE mündete. „Wir werden ihn in Erinnerung behalten als den Papst, der ein beispielloses Wachstum in den lutherisch/römisch-katholischen Beziehungen ermöglichte“, so Noko in Anlehnung an eine Erklärung von LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson zum Tod von

Johannes Paul II. Hanson ist Leitender Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA).

Die in Augsburg (Deutschland) unterzeichnete GE steht im Rahmen eines mehr als 30-jährigen internationalen und regionalen Dialogprozesses und formuliert eine Übereinstimmung in Grundwahrheiten im Blick auf die biblische Lehre der Rechtfertigung, die zur Zeit der Reformation im 16. Jahrhundert einen der zentralen Streitpunkte darstellte.

„Im Blick auf die noch zu bewältigenden ökumenischen Aufgaben hinterlässt Papst Johannes Paul II. seinem Nachfolger eine grosse Herausforderung. Für uns als Lutheranerinnen und Lutheraner bleibt die Entwicklung hin zur vollen Kirchengemeinschaft zwischen beiden Partnern das wesentliche Ziel. Es gilt nachzudenken über eine mögliche gemeinsame Erklärung zu Amt und Abendmahl. Solange dies fehlt, bleibt die GE Theorie und hat keine wesentliche Auswirkung auf das Leben von lutherischen wie römisch-katholischen Christinnen und Christen“, betonte der LWB-Generalsekretär.

„Ich bete darum, dass der Heilige Geist die Kardinäle bei ihrer Suche nach einem geistlichen Leiter führen möge, der mit den Menschen fühlt, der Einheit der Kirche verpflichtet ist und leidenschaftlich nach einer Verwandlung der Menschheit in eine Menschheitsfamilie strebt“, so Noko abschliessend. (382 Wörter)

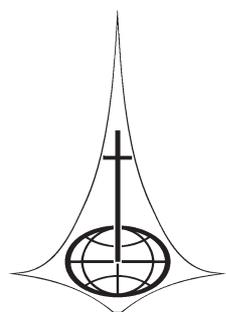
Neue anglikanisch-lutherische Veröffentlichung über ökumenische Vereinbarungen der letzten drei Jahrzehnte

Die Anglikanische Kirchengemeinschaft und der Lutherische Weltbund (LWB) haben gemeinsam „Anglikanisch-lutherische Übereinkommen – Internationale und regionale Übereinkommen 1972-2002“ als LWB-Dokumentation Nr. 49 veröffentlicht. Die gemeinsame Publikation stellt eine umfassende Sammlung aller wichtigen ökumenischen Vereinbarungen dar, die AnglikanerInnen und LutheranerInnen zwischen 1972 und 2002 abgeschlossen haben.

Das 350-seitige Buch enthält nicht nur internationale Übereinkommen, wie den „Niagara-Bericht“ über Episkopé und den jüngsten Bericht der Internationalen anglikanisch-

lutherischen Arbeitsgruppe „Wachsende Gemeinschaft“, sondern auch regionale Übereinkommen wie die „Porvoor Gemeinsame Feststellung“ und die „Meissener Gemeinsame Feststellung“ (Europa), „Zu gemeinsamer Mission berufen“ und die „Erklärung von Waterloo“ (Nordamerika) sowie „Gemeinsame Grundlagen“ aus Australien.

Dokumentation 49 liegt auch auf Englisch vor. Die Veröffentlichung kann bestellt werden bei: LWB-Büro für Kommunikationsdienste, 150 route de Ferney, Postfach 2100, CH-1211 Genf 2, Schweiz, Tel. +41/22-791 6111, Fax +41/22-791 6630, E-Mail info@lutheranworld.org (151 Wörter)



LWB-Exekutivkomitee empfiehlt, Bischof Obare Beauftragung als Berater des Rates zu entziehen

Weihe eines Pfarrers in Schweden zum Bischof stösst auf Kritik

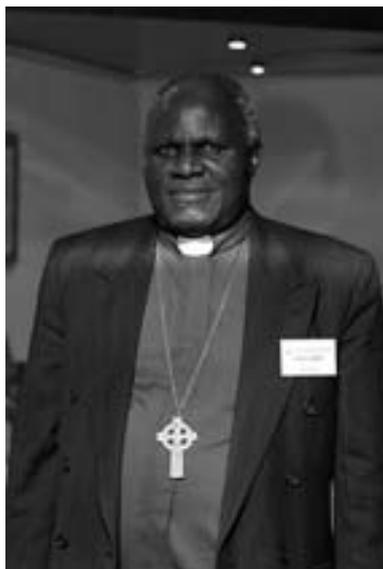
Genf, 22. Februar 2005 (LWI) – Das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes (LWB) hat empfohlen, den kenianischen Bischof Walter E. Obare Omwanza, der einen schwedischen Pfarrer zum Bischof der Missionsprovinz in Schweden geweiht hat, seiner Beauftragung als Berater des Rates zu entheben.

Während seiner Tagung vom 19. bis 21. Februar in der Nähe von Genf einigte sich das Exekutivkomitee darauf, dem Rat die Empfehlung zu unterbreiten, „auf der Grundlage der entsprechenden Vorgaben der LWB-Verfassung Bischof Obare die Beauftragung als Berater des Rates zu entziehen“. Obare leitet die Evangelisch-Lutherische Kirche in Kenia (ELKK), eine von zwei LWB-Mitgliedskirchen in dem afrikanischen Land.

Das 13-köpfige Exekutivkomitee erklärte, es sei informiert worden, dass Obare am Samstag, 5. Februar 2005, in der Aula einer Sekundarschule in Göteborg (Schweden) Pfr. Arne Olsson zum Bischof der Missionsprovinz in Schweden geweiht habe. Olsson ist Pfarrer der Diözese Karlstad der Schwedischen Kirche.

„Die Weihe wurde ausserhalb sämtlicher Bestimmungen der Schwedischen Kirche vollzogen. Dieser Schritt Bischof Obares und der anderen an der Zeremonie Mitwirkenden muss als unangemessene Einmischung in das Leben einer Schwesterkirche gewertet werden, mit negativen Konsequenzen für die Einheit des LWB als Kirchengemeinschaft insgesamt“, so das Exekutivkomitee in seiner Empfehlung an den Rat.

Das Exekutivkomitee wies darauf hin, dass das Vorgehen des ELKK-Bischofs seinem Auftrag als „Berater



ELKK-Bischof Walter E. Obare während der LWB-Ratstagung im September 2003 in Chavannes-de-Bogis bei Genf. © LWB/H. Putsman

des Rates zuwider[läuft], dem die Verantwortung übertragen wurde, die Einheit der lutherischen Kirchengemeinschaft zu wahren und zu vertiefen“. Die Empfehlung des Exekutivkomitees wird dem Rat bei seiner diesjährigen Tagung, die vom 31. August bis 6. September in Jerusalem stattfindet, zur Entscheidung vorgelegt.

LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko erklärte gegenüber der Lutherischen Welt-Information (LWI): „Bischof Obare wird eine Einladung zur Ratstagung erhalten, wo die endgültige Entscheidung gefällt wird. Er wird, sofern er dies wünscht, die Möglichkeit haben, dem Rat seine Perspektive darzulegen.“

Obare ist Mitglied des Programmausschusses für Theologie und Studien

und gehört zu den 22 VertreterInnen von LWB-Mitgliedskirchen weltweit, die zu BeraterInnen des derzeitigen Rates ernannt wurden. BeraterInnen sind vollberechtigte Mitglieder ihres jeweiligen Programmausschusses und haben dort das Stimmrecht. In den Sitzungen des Rates dürfen sie das Wort ergreifen, aber nicht an Abstimmungen teilnehmen.

Der Rat ist das jährlich tagende Leitungsgremium des LWB. Er setzt sich aus dem/der PräsidentIn, der/die von der Vollversammlung gewählt wird, dem/der SchatzmeisterIn, der/die vom Rat aus dessen Mitte oder von ausserhalb gewählt wird, sowie 48 Personen zusammen, die ebenfalls die Vollversammlung wählt. Der derzeitige Rat ist seit der Zehnten Vollversammlung, die im Juli 2003 in Winnipeg (Kanada) stattfand, im Amt. (425 Wörter)

Verdächtiger festgenommen – Mord an brasilianischer lutherischer Missionarin

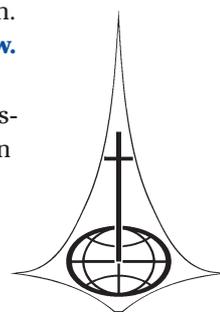
Noko: „Anlass zu zusätzlicher Betroffenheit“,
Festgenommener ist lutherischer Pfarrer

Genf, 2. März 2005 (LWI) – Der Lutherische Weltbund (LWB) hat die Festnahme eines Verdächtigen im Zusammenhang mit dem vor einem Jahr begangenen Mord an einer brasilianischen lutherischen Missionarin durch die mosambikanischen Behörden begrüsst.

Die Diakonisse Dorace J. Edinger, eine Missionarin der Evangelischen Kirche Lutherischen Bekenntnisses in

Brasilien (EKLBB), die für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Mosambik (ELKM) gearbeitet hatte, war am 21. Februar 2004 in Nampula (Mosambik) ermordet worden. [Die Lutherische Welt-Information (LWI) berichtete: www.lutheranworld.org/News/LWI/DE/1420.DE.html]

In einem am Mittwoch, 2. März, an den Justizminister Mosambiks, Dr. José Ibraimo Abudo, übersandten



Schreiben äusserte sich LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko anerkennend über den Fortschritt der Ermittlungen, der in der Festnahme des Beschuldigten, eines Pfarrers der ELKM, zum Ausdruck komme.

Dennoch zeigte sich Noko besorgt im Blick auf die langwierigen Ermittlungen und die Lösung des Falls. „Der LWB erwartet, dass die Staatsanwaltschaft nun zügig handelt und dem Beschuldigten alle angemessenen gesetzlichen Schutzmechanismen zuteil werden lässt“, so Noko in seinem Schreiben.

Im Gespräch mit der LWI wies Noko erneut darauf hin, dass der Mord an Edinger vor gut einem Jahr viele Mitglieder der weltweiten LWB-Familie schockiert und betroffen gemacht habe. Der LWB habe mehrfach seine Besorgnis über die scheinbare Verzögerung der Untersuchungen geäussert. „Zwar sind die Fortschritte, die in der Festnahme am 25. Februar deutlich werden, begrüssenswert, gleichzeitig gibt die Tatsache, dass es sich bei dem Festgenommenen um einen Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirche

in Mosambik handelt, Anlass zu zusätzlicher Betroffenheit“, so Noko.

Der Generalsekretär hob hervor, dass „die Frage von Schuld oder Unschuld nun von den Gerichten in Mosambik zu klären sein wird und wir alle das Ergebnis abwarten müssen. Bis dahin gelten in dieser äusserst schweren und schmerzhaften Zeit unsere Gebete den Familien Schwester Doracis sowie des in Mosambik festgenommenen Pfarrers.“

Laut Noko arbeiteten und arbeiten die LWB-Mitgliedskirchen in Mosambik und Brasilien eng mit den Untersuchungsbehörden zusammen.

Von 1998 bis zu ihrem Tod im vergangenen Jahr war die 53-jährige Diakonisse im Rahmen eines vom LWB unterstützten Partnerschaftsprogramms bei der ELKM tätig. Nach Berichten war sie am 23. Februar letzten Jahres in ihrer Wohnung in Nampula, 700 Kilometer nördlich der Hauptstadt Maputo, tot aufgefunden worden. Die Polizei hatte den Mord zunächst nicht aufklären können. (376 Wörter)

Pfr. Frank Otfried July wird neuer württembergischer Landesbischof

Landessynode wählt jüngsten Bischof in der Geschichte der Landeskirche

Stuttgart (Deutschland)/Genf, 10. März 2005 (LWI) – Die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Württemberg hat Pfr. Frank Otfried July am Donnerstag, 10. März, zum neuen Landesbischof gewählt. Der 50-jährige Leiter des Diakoniewerks Schwäbisch Hall erreichte bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Auf ihn entfielen 65 von 96 abgegebenen Stimmen, eine Stimme mehr als notwendig.

Für seine Gegenkandidatin, die Tübinger Dekanin Dr. Marie-Luise Kling-de Lazzer (57), stimmten 31 Synodale. July wird Nachfolger von Landesbischof Dr. Gerhard Maier (68), der Ende Juli in den Ruhestand geht. Der neue Landesbischof wird am 23. Juli in der Stuttgarter Stiftskirche in sein Amt eingeführt.

Wie die württembergische Landeskirche mitteilt, wird July zehnter und jüngster Landesbischof in der Geschichte der Landeskirche. Die Entscheidung sei für württembergische Verhältnisse sehr schnell gefallen. Bei den letzten Bischofswahlen 1993 und 2000 benötigte die Synode 16 beziehungsweise zwölf Wahlgänge, bis der neue Bischof feststand.

July galt als Kandidat des evangelikalen Gesprächskreises „Lebendige Gemeinde“ und des sich als kirchenpolitische Mitte verstehenden Gesprächskreises



Der neu gewählte württembergische Bischof Frank Otfried July.
© elk-wue/J. Weller Fotografie SHA

„Evangelium und Kirche“. Beide zusammen verfügen über 61 von insgesamt 96 Sitzen in der Synode. Der liberale Gesprächskreis „Offene Kirche“, dem 28 Synodale angehören, favorisierte Kling-de Lazzer. Sie ist die erste Frau, die für das höchste Amt innerhalb der württembergischen Landeskirche kandidierte.

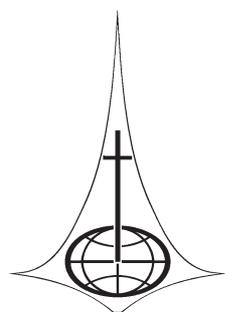
July wurde 1954 in Darmstadt (Deutschland) geboren. Er studierte Evangelische Theologie in Tübingen (Deutschland) und Wien (Österreich). Ab 1980 absolvierte er ein dreijähriges Vikariat in Reutlingen-Betzingen (Deutschland).

Von 1983 an arbeitete July als wissenschaftlicher Assistent an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg (Deutschland). 1987 wurde er persönlicher Referent des württembergischen Landesbischofs Hans von Keler.

Seit 1996 ist July Direktor sowie erster Pfarrer des Evangelischen Diakoniewerks in Schwäbisch Hall (Deutschland) und für rund 2.300 MitarbeiterInnen verantwortlich.

July ist verheiratet und hat vier Kinder.

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg hat rund 2,35 Millionen Mitglieder und gehört seit 1947 zum Lutherischen Weltbund (LWB). (320 Wörter)



UN-Anhörung über frühzeitige Verhinderung von Völkermorden

Generalsekretär der Lutherischen Kirche Ruandas fordert
von UN Präventivmassnahmen gegen Genozide

Genf, 17. März 2005 (LWI) – Elf Jahre nach dem Genozid in Ruanda hat der Generalsekretär der Lutherischen Kirche Ruandas, Pfr. John Rutsindintwarane, die Vereinten Nationen (UN) aufgerufen, „aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und festzustellen, durch welche Ansätze Genozide in Zukunft verhindert werden können.“ Aufgrund seiner Erfahrungen während des Genozids 1994 in Ruanda appellierte er an die Staatengemeinschaft, alle Warnsignale, die auf einen Völkermord hinwiesen, ernst zu nehmen.

Rutsindintwaranes Statement bildete den Beitrag des Lutherischen Weltbundes (LWB) während einer UN-Anhörung zur Verhinderung von Genoziden. Die Anhörung fand im Rahmen der Tagung des UN-Ausschusses für die Beseitigung von Rassendiskriminierung (CERD) vom 28. Februar bis 1. März 2005 in Genf statt. Der UN-Ausschuss ist verantwortlich für die regelmässige Prüfung der Umsetzung der aus dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung erwachsenden Verpflichtungen in den Vertragsstaaten.

Als deutliches Indiz für einen bevorstehenden Völkermord bezeichnete Rutsindintwarane staatliche Hetzpropaganda gegen ethnische, religiöse oder andere Minderheiten. Auf diese Weise habe sich der Völkermord in Ruanda bereits zwei Jahre im Voraus abgezeichnet. Der Generalsekretär der LutheranerInnen Ruandas forderte daher die Vereinten Nationen auf, rechtzeitig „Warnungen an die Regierungen der Staaten auszusprechen, die solche Propaganda unterstützen oder verbreiten.“



Ein langfristiger Frieden ist entscheidend für die Entwicklung und Eigenständigkeit der Dorfgemeinschaften in Ruanda. © LWB/AWD-Ruanda/T. Lohnes

Um einen Genozid im Vorfeld zu vermeiden, sei es zudem notwendig, „bei den Menschen, die beides sind, Täter und Täterinnen sowie Opfer des Hasses, Vertrauen aufzubauen“. Rutsindintwarane erbat dafür die Unterstützung der UN. Nur mit internationaler Hilfe könnten die Menschen vor Ort an einer Umgestaltung der Gesellschaft arbeiten und die bestehenden Konflikte entschärfen.

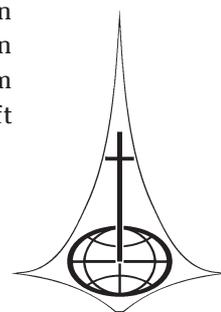
Eindringlich forderte Rutsindintwarane, auf Warnungen von UN-MitarbeiterInnen vor Ort zu reagieren. Denn diese könnten die sich abzeichnende Konfliktsituation am besten abschätzen. Der 1993 nach Ruanda entsandte General Roméo Dallaire, Kommandeur der UN-Friedenstruppen, habe wiederholt Warnungen an das UN-Hauptquartier gesandt. Von April bis Juli 1994 hatten radikale Hutu-Milizen im zentralafrikanischen Ruanda mindestens 800.000 Tutsi und gemässigte Angehörige der eigenen Volksgruppe getötet.

Um Völkermorde bereits im Vorfeld zu verhindern, arbeite der LWB in zunehmendem Mass mit dem UN-Ausschuss für die Beseitigung von Rassendiskriminierung sowie anderen Menschenrechts-Vertragsorganen zusammen, die über die Einhaltung der Rechte der Menschen weltweit wachen, betonte Peter Prove, Assistent des LWB-Generalsekretärs im Bereich Internationale Angelegenheiten und Menschenrechte. Um sich ein realistisches Bild von der Situation in den einzelnen Ländern machen zu können, seien die Menschenrechts-Vertragsorgane in erheblichem Mass auf Informationen aus der Zivilgesellschaft angewiesen.



Ein Dorfgericht (Gacaca) in Mugina, Provinz Gitarama (Ruanda), befindet über eine Gruppe Verdächtiger, die des Völkermords beschuldigt sind.

© LWB/AWD-Ruanda/T. Lohnes



„Der LWB ist bestrebt, die Weiterentwicklung internationaler Mechanismen zu fördern, durch die Völkermord und andere extreme Verletzungen der Menschenwürde verhindert werden können“, so Prove. Der UN-Ausschuss habe einen Frühwarnmechanismus entwickelt, der in diesem Zusammenhang ganz offensichtlich von Bedeutung sei.

Im Blick auf Ruanda habe das LWB-Sekretariat „gern die Vermittlerrolle zwischen der Lutherischen Kirche Ruandas und dem UN-Ausschuss übernommen, um der Perspektive seiner Kirchenmitglieder in Ruanda Gehör zu verschaffen im Blick auf mögliche Schritte, die die Völkergemeinschaft unternehmen könnte, um einem erneuten Genozid besser vorzubeugen.“

Pfr. John Rutsindintwarane ist Tutsi. Er hat den Völkermord in einem Flüchtlingslager an der Grenze zu Tansania überlebt. Heute steht der Pfarrer an der Spitze der erst seit 2001 offiziell anerkannten Lutherischen Kirche Ruandas. Die junge Kirche hat inzwischen rund 20.000 Mitglieder und ist seit 2002 Mitglied des LWB. Um den dauerhaften Frieden in Ruanda zu fördern, unterhält der LWB unter anderem ein Projekt zur Wiedereingliederung ehemaliger TäterInnen in die ruandische Gesellschaft.

(554 Wörter)

(Ein Beitrag von Barbara Schneider, Trainee im LWB-Büro für Kommunikationsdienste.)

Moskau: Zwölfte Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche Europäisches Russland

Synodale streben umfassende Umstrukturierung des ELKRAS an

Moskau (Russland)/Genf, 22. März 2005 (LWI)

Von 22. bis 25. Februar 2005 fand in Moskau (Russland) die Zwölfte Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche Europäisches Russland (ELKER) statt. Die Synodalen wählten ein neues Präsidium, an dessen Spitze die Juristin Dr. Ludmila Pankratova aus Nischnekamsk (Propstei Tatarstan) steht. Die Neuwahl war notwendig geworden, da das russische Justizministerium die Wahl des Präsidiums im September 2002 aufgrund von Formfehlern als nicht legitim angesehen hatte. Entsprechend der Satzung der ELKER fand auch die Wahl des Bischofs und seines Stellvertreters statt. Bischof Siegfried Springer und sein Stellvertreter, Propst David Rerich, wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Den Schwerpunkt der Synode bildete die Diskussion einer Strukturreform der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland und anderen Staaten (ELKRAS), zu der die ELKER als selbständige regionale Kirche gehört. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand die Umwandlung der ELKRAS in einen Kirchenbund, mit einer neuen Leitungsstruktur ohne das bisherige Amt des Erzbischofs. Die Synodalen verabschiedeten ein im Februar dieses Jahres von der Pröpstekonferenz der ELKER ausgearbeitetes Thesenpapier zur strukturellen Umgestaltung der ELKRAS, das der Generalsynode der ELKRAS Ende April in St. Petersburg (Russland) vorgelegt werden soll.

Wie das Zentrale Kirchenamt der ELKRAS mitteilte, versuchte der Erzbischof der ELKRAS, Georg D. Kretschmar, die Synodalen für die Fortführung des gesamtkirchlichen Verbundes der ELKRAS in seiner bisherigen Form zu gewinnen, wobei er die Notwendigkeit von Reformen bestätigte. Kretschmar sei in seinem Anliegen vom Präsidenten der Generalsynode der ELKRAS, Alexander Pastor, unterstützt worden.

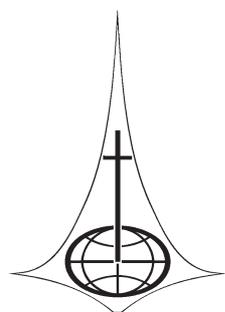


Beim Abschlussgottesdienst der Synode in der St. Peter und Paul-Kathedrale in Moskau wurden Dr. Werner Lanz und Alexander Raeder von Erzbischof Georg D. Kretschmar ordiniert. © ELKRAS

Der Leiter des Zentralen Kirchenamtes, Hans Schwahn, habe darauf hingewiesen, dass eine Umsetzung des Thesenpapiers auf der Generalsynode im April praktisch nicht mehr möglich sei, so das Zentrale Kirchenamt der ELKRAS. Hierzu sei eine gravierende Änderung der derzeitigen Kirchenverfassung notwendig. Die vorgeschlagenen Änderungen müssten hinsichtlich ihrer Registrierungs-fähigkeit vorab mit dem russischen Justizministerium abgeklärt werden. Die Kirchenverfassung der ELKRAS sei nach langen Verhandlungen mit dem Justizministerium 1999 als Ausnahmefall registriert worden, da die russischen Gesetze die Zusammenfassung von Regionen ausserhalb Russlands in einer Kirche nicht vorsähen. Ohne juristische Vorarbeit könnte die ELKRAS daher durch eine „Verfassungsänderung über Nacht“ in rechtliche Schwierigkeiten geraten.

Die ELKER umfasst rund 170 Gemeinden und gemeindliche Gruppen, die zu zwölf Propsteien gehören. Seit 1992 leitet Bischof Springer die lutherische Kirche mit Sitz in Moskau. Die ELKRAS hat rund 250.000 Mitglieder und gehört seit 1989 zum Lutherischen Weltbund (LWB).

(391 Wörter)



Bischof Ole Christian M. Kvarme zum neuen Bischof von Oslo ernannt

Kvarme wird Nachfolger von Bischof Gunnar J. Stålsett

Oslo (Norwegen)/Genf, 2. April 2005 (LWI)

– Am 11. März hat der norwegische König Harald V. gemeinsam mit dem norwegischen Staatsrat Bischof Ole Christian Maelen Kvarme zum neuen Bischof von Oslo (Norwegen) ernannt. Kvarme, seit 1998 Bischof der Diözese von Borg (Norwegen), wird am 3. April während eines Gottesdienstes in der Osloer Kathedrale in sein neues Amt eingeführt.

Bischof Kvarme wird Nachfolger von Bischof Dr. Gunnar J. Stålsett, der am 1. März entsprechend der norwegischen Kirchengesetzgebung als Bischof in den Ruhestand trat. Stålsett, von 1985 bis 1994 Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), beging am 10. Februar seinen 70. Geburtstag.

Der Leitende Bischof der Bischofskonferenz der Norwegischen Kirche, Finn Wagle, gratulierte Kvarme zu seiner Ernennung zum Bischof von Oslo. „Wir haben während des Wahlprozesses ein grosses Engagement sowohl von Seiten der Kirche als auch von Seiten der Gesellschaft erlebt. Das sagt schon sehr viel darüber aus, wie bedeutsam das Amt ist, das Bischof Kvarme jetzt antritt. Wir wollen zu dem neu gewählten Bischof stehen, der aufgrund der starken Unterstützung seiner Kirche ernannt wurde. Als Leitender Bischof der Bischofskonferenz freue ich mich auf die weitere gute Zusammenarbeit mit Bischof Ole Christian M. Kvarme“, so Wagle.



Der neue Bischof von Oslo: Ole Christian M. Kvarme. © Norwegische Kirche

Im August 2004 ernannte der Rat der Diözese Oslo sieben KandidatInnen für das Amt des Bischofs/der Bischöfin von Oslo. Nach der Stimmabgabe der Kirchenvorstände und PfarrerInnen der Diözese erfolgte die Benennung eines weiteren Kandidaten. In der abschliessenden Runde standen vier KandidatInnen, drei Männer und eine Frau, zur Wahl: Bischof Kvarme; Dekan Trond Bakkevig; Generalsekretärin Helen Bjørnøy und der Direktor des Kirchenrates, Erling J. Pettersen.

Ole Christian M. Kvarme wurde am 11. November 1948 im norwegischen Molde geboren. Er absolvierte ein

Theologiestudium an der Theologischen Fakultät in Oslo, darüber hinaus studierte er Hebräisch, Judaistik und den Talmud. Unter anderem arbeitete Kvarme an Bibelübersetzungen mit und wurde von der „Norske Israelmisjon“ als Missionspfarrer nach Haifa (Israel) entsandt. Von 1986 bis 1996 war er Generalsekretär der Norwegischen Bibelgesellschaft, zuvor arbeitete er als Geschäftsführer des Caspari-Zentrums für Biblische und Jüdische Studien in Jerusalem. Vor seiner Amtseinführung als Bischof von Borg war Kvarme zwei Jahre lang Dekan von Oslo.

Die Norwegische Kirche hat rund 3,9 Millionen Mitglieder und gehörte 1947 zu den Gründungsmitgliedern des LWB. *(381 Wörter)*

ELKA-Kirchenrat beschliesst Empfehlungen zur Homosexualität

Endgültige Entscheidung trifft Generalversammlung der ELKA im August 2005

Chicago (USA)/Genf, 19. April 2005 (ELCA NEWS/LWI)

– Der Kirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA) hat auf seiner Sitzung vom 9. bis 11. April in Chicago (USA) drei Empfehlungen erarbeitet und an die ELKA-Generalversammlung, die Mitte August in Orlando (Florida/USA) tagt, verwiesen. Die Empfehlungen beschäftigen sich mit zentralen Fragen zur Homosexualität und sollen einen Beitrag leisten zur Klärung, ob die Kirche gleichgeschlechtliche Beziehungen segnen und es Menschen, die in solchen Beziehungen leben, erlauben solle, der Kirche als Laien oder ordinierte PfarrerInnen hauptamtlich zu dienen.

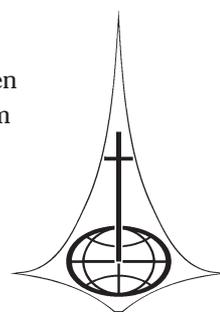
Der Kirchenrat der ELKA ist zwischen den alle zwei Jahre stattfindenden Generalversammlungen das oberste Leitungsorgan der Kirche. Die Entscheidung des Kirchenrates

basiert auf Stellungnahmen von zwei Kirchengremien sowie der Bischofskonferenz zu den Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur ELKA-Studie über Sexualität.

ELKA-Arbeitsgruppe legte im Januar Bericht vor

Die Arbeitsgruppe für die ELKA-Studie über Sexualität hatte ihren Bericht über die ersten drei Jahre ihrer Arbeit am 13. Januar veröffentlicht. Die Arbeitsgruppe empfahl der Generalversammlung zur Beschlussfassung, die ELKA solle

- intensiv nach Möglichkeiten suchen, wie Menschen bei allen Meinungsverschiedenheiten in Treue zum Evangelium zusammenleben können;



- die in einer Erklärung der ELKA-Bischofskonferenz von 1993 enthaltene pastorale Anweisung weiterhin respektieren, die sich gegen die Segnung gleichgeschlechtlicher Beziehungen ausspricht, aber PfarrerInnen gegenüber offen bleibt, die schwulen und lesbischen LutheranerInnen seelsorgerlich zur Seite stehen;
- an den geltenden Normen festhalten, nach denen unverheiratete PfarrerInnen sexuell enthaltsam leben sollen, Ehe wird als Verbindung zwischen Mann und Frau definiert; die ELKA solle jedoch – aus Respekt vor der Gewissensentscheidung derer, für die diese Normen im Konflikt mit dem Auftrag der Kirche stehen – entscheiden können, auf disziplinarische Massnahmen gegen schwule und lesbische PfarrerInnen, die in festen Beziehungen leben, und gegen diejenigen, die die Amtsausübung von in fester Partnerschaft lebenden Schwulen und Lesben aktiv unterstützen oder billigen, zu verzichten.

Kirchenrat erarbeitet Beschlussvorlage

In Reaktion auf die dritte Empfehlung der Arbeitsgruppe schlägt der Kirchenrat vor, „einen Prozess zu initiieren, der der Zuwendung der Kirche zu den Menschen, dem kirchlichen Auftrag und der engagierten Fortsetzung des Dialogs dient und der Ausnahmen möglich machen könnte, was die Erwartungen an das sexuelle Verhalten schwuler oder lesbischer AnwärterInnen und leitender MitarbeiterInnen angeht, die lebenslang verbindliche, treue gleichgeschlechtliche Beziehungen leben und die ansonsten die Anforderungen[, die die Kirche an das Verhalten ihrer Hauptamtlichen stellt,] erfüllen“.

Die Empfehlungen werden ergänzt durch die Beschreibung eines Prozesses, der solche Ausnahmen der aktuellen kirchlichen Vorschriften (von schwulen und lesbischen Hauptamtlichen wird Enthaltensamkeit erwartet) gewähren könnte. Die Bestimmungen sehen vor, dass, sofern einer Person eine Ausnahmegenehmigung erteilt würde, diese in Zukunft weder von einem Bischof/einer Bischöfin noch von einem kirchlichen Gremium einem Disziplinarverfahren aufgrund der Nichterfüllung der entsprechenden Verhaltensanforderungen unterworfen werden könne.

Mit Bezug auf die erste Empfehlung folgt der Kirchenrat der Vorlage der ELKA-Arbeitsgruppe, und schlägt vor, dass die ELKA, ihre Mitglieder, Gemeinden, Synoden, Organisationen, Hilfswerke und Einrichtungen aufgefordert werden sollen, „intensiv nach Möglichkeiten zu suchen, wie Menschen bei allen Meinungsverschiedenheiten in Treue zum Evangelium zusammenleben können...“

In einer zweiten Entscheidungsvorlage schlägt der Kirchenrat vor, dass die ELKA die in einer Erklärung der ELKA-BischöfInnenkonferenz von 1993 enthaltene pastorale Anweisung weiterhin respektieren und sie schwule und lesbische Menschen in ihrer Mitte willkommen heissen solle sowie es PfarrerInnen und Gemeinden

anheim stellen möge, wie sie schwule und lesbische Gemeindemitglieder seelsorgerlich begleiten.

Die dritte Entscheidungsvorlage enthält Formulierungen für rechtsverbindliche Bestimmungen der Kirche, die von der Generalversammlung genehmigt werden müssen, damit der vorgeschlagene Prozess zur Anwendung kommen kann. Auch ist vorgesehen, dass die Kirche den Prozess regelmässig prüft und auswertet.

ELKA-Ausschüsse prüfen Empfehlungen

Auf ihren Tagungen Anfang März in Chicago erarbeiteten die Abteilungen „Kirche in der Gesellschaft“ (Division for Church in Society – DCS) und „Kirchlicher Dienst“ (Division for Ministry – DM) eine gemeinsame Stellungnahme zum Bericht und den drei Empfehlungen der Arbeitsgruppe für die ELKA-Studie über Sexualität und brachten ihre Unterstützung für die erste Empfehlung zum Ausdruck. Während der Ausschuss der DCS die in der zweiten Empfehlung enthaltene Erlaubnis begrüßte, „Paare, die in verbindlichen gleichgeschlechtlichen Beziehungen leben, im Gebet zu unterstützen“, war die Reaktion des Ausschusses der DM „gemischter“. In einer Probeabstimmung sprachen sich beide Ausschüsse gegen die Annahme der dritten Empfehlung aus.

Bischofskonferenz gesteht fehlenden Konsens ihrer Mitglieder ein

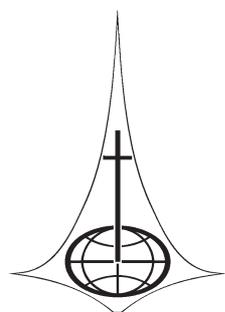
Im Anschluss an ihre Tagung Anfang März räumte die ELKA-Bischofskonferenz ein, dass ihre Mitglieder in der Frage der Homosexualität gespalten seien, und sandte eine Botschaft an die Kirche, in der sie sich nachdrücklich für die Annahme der ersten beiden Empfehlungen der Arbeitsgruppe aussprach, aber keine endgültige Aussage in Bezug auf die dritte Empfehlung treffen konnte, die am meisten Konfliktpotenzial biete.

Die ELKA hat rund fünf Millionen Mitglieder und ist seit 1988 Mitglied des Lutherischen Weltbundes (LWB).

Informationen über die ELKA-Studie zur Sexualität finden Sie in englischer Sprache auf der ELKA-Webseite unter: www.elca.org/faithfuljourney

LWB-Arbeitsgruppe traf sich erstmals Anfang April

Die im September 2004 vom LWB-Rat ernannte Arbeitsgruppe zu Familie, Ehe und Sexualität kam vom 4. bis 7. April dieses Jahres zu ihrer ersten Tagung in Genf zusammen. Die achtköpfige Arbeitsgruppe mit VertreterInnen aus allen sieben LWB-Regionen soll den Rat dabei unterstützen, Richtlinien und Prozesse vorzuschlagen, in welcher Form eine respektvolle Diskussion der Mitgliedskirchen über gemeinsame und unterschiedliche Auffassungen zu Familie, Ehe und menschlicher Sexualität innerhalb der lutherischen Gemeinschaft fortgeführt werden könne. Dabei sollen die Ergebnisse hinsichtlich der Lebensrealitäten und Einstellungen biblisch, theologisch, historisch und ethisch reflektiert werden. (878 Wörter)



Zweiter Interreligiöser Friedensgipfel mit mehr als 200 afrikanischen ReligionsvertreterInnen

LWB-Generalsekretär Noko betont Rolle des Forums bei Konfliktlösung

Genf, 15. April 2005 (LWI) – Mehr als 200 VertreterInnen verschiedener religiöser Traditionen in Afrika nehmen am Zweiten Gipfel der Interreligiösen Initiative für Frieden in Afrika (IFAPA) teil, der vom 18. bis 25. April in Benoni in der Nähe von Johannesburg (Südafrika) stattfindet. Ziel des Friedensgipfels ist es, den während des Ersten Interreligiösen Friedensgipfels in Afrika im Oktober 2002 verabschiedeten Aktionsplan zu überprüfen, der ReligionsführerInnen zum aktiven Engagement für Konfliktlösungs- und Friedensinitiativen auf dem Kontinent aufruft.

Der Zweite Interreligiöse Friedensgipfel wird vom Lutherischen Weltbund (LWB) koordiniert und vom Nationalen Forum der ReligionsführerInnen in Südafrika (NRLFSA) ausgerichtet. Die Delegierten, rund 40 Prozent sind Frauen, kommen aus mehr als 30 Ländern und vertreten die grossen Religionen, einschliesslich der traditionellen afrikanischen Religion, des Bahaismus, des Buddhismus, des Christentums, des Hinduismus, des Islam und des Judentums. Der Gipfel steht unter dem Thema: „Zusammenarbeit für Frieden in Afrika“.

Friedensgipfel erörtert Rolle der Frauen als Friedensstifterinnen

Der Zweite Interreligiöse Friedensgipfel, der mit einer dreitägigen „Konsultation der Mütter und Töchter Afrikas“ eröffnet wird, soll die interreligiöse Zusammenarbeit und Aktion für Frieden in Afrika ausweiten und stärken. Einen der Schwerpunkte des Gipfels bildet die Auswertung der im Oktober 2002 verabschiedeten Johannesburger Interreligiösen Erklärung zum Frieden mit dem Titel „Die Gabe des Friedens annehmen“ sowie des Aktionsplans und der auf seiner Grundlage erfolgten Initiativen.

Obwohl es in einigen Teilen des Kontinents Zeichen und Tendenzen gebe, die auf Frieden hoffen liessen, sei das in vielen Gebieten herrschende Kriegs- und Konfliktpotenzial doch weiterhin besorgniserregend, erklärte der Schirmherr der Konferenz, LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko, im Vorfeld des Friedensgipfels. Zu den Brennpunkten gehörten Burundi, die Demokratische Re-

publik Kongo, Eritrea, Äthiopien, Elfenbeinküste, Liberia, Nigeria, Norduganda, Sierra Leone und der Sudan.

Brauch und Missbrauch der Heiligen Schrift

Vor diesem Hintergrund sollen auf der Konferenz folgende Themen diskutiert werden: Brauch und Missbrauch der Heiligen Schrift in Konfliktsituationen; Rassismus, Religion und Dialog; die Auswirkungen von Konflikten auf Kinder in Afrika; die Gefahren des internationalen Terrorismus und die Notwendigkeit, sich mit seinen Ursachen auseinander zu setzen. Die wichtigsten Ergebnisse der Frauenkonsultation, an der auch einige First Ladies aus Afrika teilnehmen, sollen im Rahmen der offiziellen Veranstaltung zur Veröffentlichung des „Appells einer Mutter für das Wohl Afrikas“ vorgestellt werden.

Auch die Medien sollen eine wichtige Rolle auf dem Friedensgipfel spielen. So werden sie nicht nur über die Botschaft und Ergebnisse des Friedensgipfels informieren, sondern auch selbst aktiv teilnehmen. Eine Gruppe internationaler und lokaler JournalistInnen wird sich an einer Podiumsdiskussion über die Rolle der Medien im Zusammenhang mit der Interreligiösen Initiative für Frieden in Afrika beteiligen. „Wir wollen die Zusammenarbeit mit den Medien stärken, um die Sache des Friedens auf diesem Kontinent voranzubringen“, betonte LWB-Generalsekretär Noko.

Des Weiteren wird erwartet, dass der Friedensgipfel das interreligiöse Forum als funktionsfähiges panafrikanisches Werkzeug zur Auseinandersetzung mit Kriegen und Konflikten in Afrika stärken wird. Weiterhin sollen geeignete Mechanismen geschaffen werden, die die bestehenden Strukturen der interreligiösen Zusammenarbeit auf subregionaler und nationaler Ebene in verschiedenen Teilen Afrikas stärken.

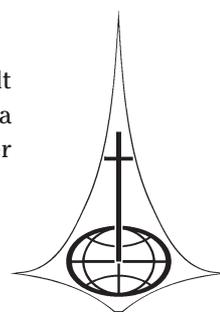
Im Blick auf seine geographische und interreligiöse Bedeutung leistet dieser Friedensgipfel „einen Beitrag zur afrikanischen Renaissance, auf die wir alle hoffen und für die wir beten“, so Noko. (528 Wörter)

ChristInnen und MuslimInnen diskutieren Auswirkungen der Scharia in Nordnigeria

Botschaft an LWB-Studententeam: Menschen an der Basis müssen am Versöhnungsprozess beteiligt werden

Jos (Nigeria)/Genf, 18. April 2005 (LWI) – „MuslimInnen werden stets, wo immer sie auch sind, die Einführung der Scharia (islamisches Recht) fordern,

aber die Scharia wird nie auf ChristInnen angewandt werden.“ Ein muslimischer Gelehrter aus Südnigeria brachte diese Überzeugung Anfang März auf einer



Konferenz über christlich-muslimische Beziehungen zum Ausdruck, die in Gusau, der Hauptstadt des Bundesstaates Zamfara (Nigeria), stattfand. Zamfara hatte 1999 als erster Bundesstaat die Scharia in Nordnigeria eingeführt, elf weitere folgten später seinem Beispiel und wenden seither islamische Strafgesetze an.



Von li. nach re.: Adami Muazan, Gouverneur der Provinz Bauchi; sowie die Mitglieder des LWB-Studienteams Pfr. Dr. David Windibiziri (Nigeria), Pfr. Dr. Ingo Wulforth (LWB, Genf), Pfarrerin Dr. Lissi Rasmussen (Dänemark), und Barrister Nafisatu (Nigeria). © LWB

„Die Scharia und die christlich-muslimischen Beziehungen in Nigeria: der Weg in die Zukunft“ lautete das Thema dieser Tagung – der sechsten einer Reihe von Begegnungen, die die Vereinigung für christlich-muslimische Beziehungen in Nigeria in Zusammenarbeit mit dem Höchsten Rat Nigerias für islamische Angelegenheiten und der Regierung von Zamfara organisiert hat. Pfr. Dr. David L. Windibiziri, emeritierter Erzbischof der Lutherischen Kirche Christi in Nigeria (LKCIN), ist Präsident der 1992 gegründeten Vereinigung.

An der Ausrichtung der Tagung waren zum ersten Mal auch staatliche Behörden beteiligt, was ein wachsendes Interesse von PolitikerInnen und ReligionsführerInnen an Fragen der religiösen Koexistenz zeigt. Mehr als 80 ChristInnen und MuslimInnen, einschliesslich Imame, BischöfInnen und PfarrerInnen verschiedener christlicher Konfessionen, TheologInnen verschiedener Universitäten, VertreterInnen religiöser Organisationen und MedienvertreterInnen aus ganz Nigeria nahmen an der Konferenz teil. Auch die Mitglieder des christlich-muslimischen Studienteams des Lutherischen Weltbundes (LWB) zur Rolle der Religion in Konflikten gehörten zu den Teilnehmenden.

TheologInnen beider Religionen hielten Vorträge. Die Mitglieder des LWB-Studienteams „Christlich-muslimischer Dialog: Konflikt und Frieden“ führten zudem Diskussionen und Interviews mit TeilnehmerInnen aus Nordnigeria, die seit 1990 unter den Konflikten und Krisen zwischen ChristInnen und MuslimInnen in diesen Gebieten leiden.

Nach Abschluss der Konferenz hatte das Team, das sich aus je einem/r christlichen und muslimischen VertreterIn aus Dänemark, Indonesien, Nigeria und den Vereinigten Staaten von Amerika zusammensetzt,

bis zum 13. März Gelegenheit, sich ein Bild von den Problemen zu machen, die insbesondere in den nördlichen Staaten Sokoto, Zamfara und Bauchi durch die Einführung der Scharia entstanden sind, sowie den daraus erwachsenden Befürchtungen der ChristInnen. Einige ChristInnen brachten die Sorge zum Ausdruck, dass diese Entwicklungen auf die Ausrufung eines islamischen Staates und die Ausschaltung des Christentums hinauslaufen könnten.

Das LWB-Studienteam traf mit PolitikerInnen, leitenden VertreterInnen des Christentums und des Islam und Mitgliedern von Gemeinschaften in Abuja, Bauchi, Gusau, Jos und im Staat Adamawa zusammen, wo die lutherische Kirche weit verbreitet ist. Diese Begegnungen vermittelten den Teammitgliedern einen Eindruck davon, wie komplex die Situation in diesen Gebieten ist. Die gewalttätigen Konflikte, die in den letzten Jahren in Nordnigeria ausbrachen, entstanden im Gegensatz zu früheren Konflikten nicht spontan, sondern waren – häufig mit ausländischer Unterstützung – gut vorbereitet. Armut, Arbeitslosigkeit, Korruption und Gefühle der Vernachlässigung und des Ausschlusses von Macht- und Verantwortungspositionen scheinen die eigentlichen Ursachen zu sein, während ethnische Zugehörigkeit und Religion benutzt wurden, um die Konflikte anzuheizen.

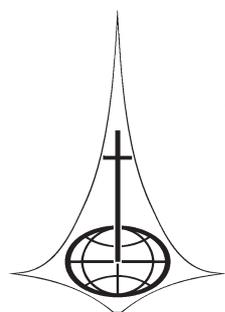
Beteiligung der Basis ist entscheidend für Versöhnungsprozess

Christliche und muslimische Organisationen haben sich an mehreren Initiativen beteiligt, die Frieden und Harmonie im Land anstreben. Auch die beiden LWB-Mitgliedskirchen in Nigeria, die LKCIN und die Lutherische Kirche Nigerias, haben in diesen Prozessen eine zentrale Rolle gespielt. Es wurde jedoch Kritik an der Rolle geübt, die PolitikerInnen in diesem Prozess übernommen haben.

„Der Prozess der Versöhnung und der Friedensstiftung ist den Menschen, die unter den Konflikten leiden, von Politikern und Politikerinnen sowie den Medien entrissen worden. Er muss wieder an die Basis zurückgegeben werden“, erklärte Pfr. Gopar Barnabas Topkida, Direktor des lokalen Friedensprogramms des Mennonitischen Zentralkomitees.

Die Versöhnung und Heilung tiefer Wunden in den christlich-muslimischen Beziehungen, die Frage nach den Ursachen von Konflikten und die Überwindung von Konflikten standen nicht nur in Nigeria, sondern bei vorhergehenden Tagungen in Indonesien und Dänemark im Mittelpunkt des christlich-muslimischen Studienprozesses des LWB und werden im weiteren Verlauf dieses Jahres auch Gegenstand zweier Workshops in den USA sein. Die Ergebnisse des von der LWB-Abteilung für Theologie und Studien durchgeführten Prozesses sollen Anfang 2006 veröffentlicht werden. (659 Wörter)

(Ein Beitrag von Pfarrerin Dr. Lissi Rasmussen, die dänische Theologin ist Mitglied des LWB-Studienteams.)



Partnerschaft und Zusammenarbeit als Antwort auf Flutkatastrophe in Indien

Kanadische TheologiestudentInnen berichten über ihre Erfahrungen mit „Theologie in Aktion“

Saskatoon (Kanada)/Genf, 15. April 2005 (LWI) – StudentInnen des Lutheran Theological Seminary in Saskatoon (Kanada) haben auf einer Studienreise nach Südostasien die intensive Partnerschaft und Zusammenarbeit unter Mitgliedern der lutherischen Gemeinschaft in einer akuten Notlage aus erster Hand kennengelernt. Die Gruppe, die von Dr. Ruth E. Jensen, Direktorin der kanadischen Hilfsorganisation Canadian Lutheran World Relief (CLWR), begleitet wurde, besuchte mehrere CLWR-Partner, die den Menschen nach der verheerenden Flutkatastrophe, die die Küste Südostindiens im Dezember nach einem Seebeben verwüstete, helfen.

Bei ersten Begegnungen mit Fischergemeinschaften im Gebiet des Pulicat-Sees rund 60 Kilometer nördlich von Chennai berichteten Frauen, dass sie das Gefühl hätten, vom Meer verraten worden zu sein. Diese Quelle des Lebens und der Erholung, die Grundlage ihrer Existenz ist, hatte ihre Häuser, Boote und Fischernetze zerstört, ihren Familienangehörigen und FreundInnen das Leben genommen. Ein Student berichtete, die Sehnsucht der Frauen, mit anderen über ihre persönlichen Erfahrungen und Geschichten zu sprechen, scheinbar therapeutische Wirkung zu haben und die Last des Schmerzes zu mildern.

Im Gebiet von Pulicat arbeitet CLWR schon seit vielen Jahren mit CReNIEO, einer lokalen Entwicklungshilfeorganisation, zusammen, die unmittelbar nach der Flutkatastrophe Hilfsgüter verteilte, Traumatherapie anbot und beim Wiederaufbau half.



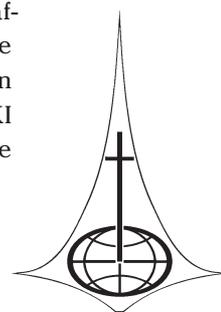
Roland Schoepf, Student am Lutherisch-Theologischen Seminar in Saskatoon (Kanada), unterstützt VELKI und ACT bei der Verteilung von Hilfsgütern in einem Dorf an der Küste nahe Cuddalore (Tamil Nadu/Indien). © Daranne Mills

CLWR ist das Hilfswerk der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kanada und der Lutherischen Kirche – Kanada, und ist für internationale Entwicklungszusammenarbeit sowie Katastrophenhilfe zuständig. Es organisiert und unterstützt Entwicklunghilfeprogramme in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Nahen/Mittleren Osten und arbeitet in diesen Gebieten auch mit Mitgliedskirchen des Lutherischen Weltbundes (LWB) zusammen.

Das Anliegen, Leid zu lindern und Theologie in die Praxis umzusetzen („Theologie in Aktion“), war das gemeinsame Ziel der StudentInnen und der Partnerorganisation des CLWR, der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Indien (VELKI), der zwölf lutherische Kirchen, darunter auch neun Mitgliedskirchen des LWB, angehören. In Gemeinschaften in der näheren Umgebung der Stadt Cuddalore verteilten die StudentInnen, Freiwillige aus örtlichen Kirchengemeinden und Stabsmitglieder der VELKI Hilfsgüter wie Kochherde und Kochutensilien. Die



Regelmässiges Einkommen: Ein Crewmitglied der neuen Fischerboote, die von AWD-Indien bereitgestellt wurden, zeigt seinen Fang. © AWD-Indien/ACT International



DorfbewohnerInnen, die den grössten Teil ihres Hab und Gut durch die Flutkatastrophe verloren hatten und von der Auslieferung fertig zubereiteter Mahlzeiten abhängig waren, gewinnen so langsam ihre Handlungsfähigkeit und Eigenständigkeit zurück. Die VELKI führt ihr Engagement über die reine Nothilfe hinaus fort und konzentriert ihre Anstrengungen gegenwärtig in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden auf Existenzgründungs- und Wiederaufbauprojekte.

Zurüstung von Gemeindemitgliedern für langfristige Betreuung Hilfsbedürftiger

Im Bischof-Peter-Lehrerausbildungsinstitut in Cuddalore, das jetzt in ein kleines Krankenhaus umgewandelt wurde, leistet der Nationale Ausschuss der VELKI für Gesundheit und medizinische Versorgung (NLHMB) ärztliche Versorgung und Traumabehandlung für die Menschen der umliegenden Gemeinschaften. Die Stabsmitglieder berichten, dass ein grosser Bedarf an psychosozialer Rehabilitation bestehe und dass viele der Hilfesuchenden unter Schlaflosigkeit und sog. „flashbacks“, dem Wiedererleben der traumatischen Situation, litten. Fachleute des NLHMB bilden Ehrenamtliche vor Ort in den Bereichen Beratung und psychologische Betreuung aus. Auch wenn der unmittelbare Bedarf an Wasser, Nahrungsmitteln und Unterkünften gedeckt sein wird, werden die Menschen zweifellos noch lange unter Angst und Verlustgefühlen leiden. Auch wenn zu einem späteren Zeitpunkt das provisorische Krankenhaus nicht mehr in Betrieb sein wird, werden die HelferInnen vor Ort über Möglichkeiten verfügen müssen, um die Bevölkerung zu versorgen.

Auf die Notwendigkeit der Behandlung psychosozialer Probleme und der Traumabehandlung wies auch Howard Jost, Direktor des in Kolkata angesiedelten

Länderprogramms der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) in Indien, hin, das der VELKI mit Sitz im indischen Chennai strategische Hilfe leistet. AWD-Indien setzt Mittel, die die Kirche von Schweden für Traumberatung bereitgestellt hat, ein, um Menschen aus unterschiedlichen Fachgebieten vor Ort auszubilden und es ihnen zu ermöglichen, effektive Hilfe zu leisten.

Pfr. Chandran Paul Martin, Exekutivsekretär der VELKI, hob die Frage der Existenzsicherung als wichtiges Anliegen hervor. Angst vor dem Meer, der Verlust oder die Zerstörung von Booten und Fischernetzen und die Versalzung landwirtschaftlich genutzter Flächen stellten langfristige Probleme dar, die nach dem Auslaufen der Soforthilfe angegangen werden müssten. Unterdessen stellt AWD-Indien den Fischerfamilien in den Dörfern an der Ostküste neue Boote zur Verfügung. Geplant ist, zumindest 90 Boote anzuschaffen und auszuliefern, von denen jedes mit einem Motor und zwei Sets von Fischernetzen ausgestattet ist.

Dauerhafte Partnerschaft und Zusammenarbeit unter den Mitgliedern der LWB-Gemeinschaft werden von entscheidender Bedeutung sein, um die Überlebenden, die mit all diesen Herausforderungen fertig werden müssen, zu begleiten und handlungsfähig zu machen. Zu den anderen Partnern, die Hilfsprogramme in Indien durchführen, gehören das weltweite Netzwerk von Kirchen und Partnerorganisationen ACT (Action by Churches Together – Kirchen helfen gemeinsam), zu dessen Gründungsmitgliedern der Lutherische Weltbund gehört, die Evangelisch-Lutherische Kirche in Amerika, Lutheran World Relief und mehrere der VELKI-Mitgliedskirchen. (748 Wörter)

(Ein Beitrag von Daranne Mills, Studentin am Lutheran Theological Seminary in Saskatoon, die 2002/03 ein Jugendpraktikum im LWB-Büro für Kommunikationsdienste absolvierte.)

FEATURE: „Wenn Frieden ist, gehen wir wieder zur Schule“ – „Aber wann ist das?“

Südsudan: Leitende ReligionsvertreterInnen fordern Befriedigung der Grundbedürfnisse

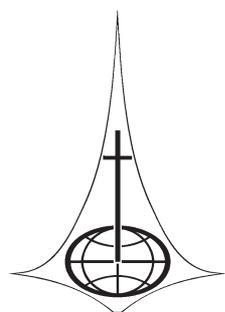
Rumbek (Südsudan)/Genf, 17. April 2005 (LWI) – Wenn die brütend heisse Mittagssonne auf Rumbek im Südsudan herunterbrennt, dann trifft sie auch die siebenjährige Ayen Chol, die oft direkt neben den Ruinen zerstörter Häuser Wasser aus einem Brunnen schöpft.

Seit im Januar 2005 im benachbarten Kenia ein umfassendes Friedensabkommen zwischen der sudanesischen Regierung und der Rebellenorganisation SPLM/A (Sudanese People's Liberation Movement/Army) abgeschlossen wurde, können die Kinder in Rumbek wieder frei draussen herumlaufen und spielen. Es besteht Hoffnung, dass die nach fast dreijährigen Verhandlungen erzielten Vereinbarungen

diesen seit über zwei Jahrzehnten andauernden Krieg beenden könnten.

„Frieden ist gut“, meint Chol, die über einen Dolmetscher mit uns spricht, während andere Kinder und Frauen am Brunnen stehen und zuschauen. „Dann können wir wieder in die Schule gehen. Wir bekommen wieder Kleider und Bücher und haben genug zu essen.“

Chol wurde während des Kriegs geboren und wuchs in einer Zeit auf, in der sich SoldatInnen beider Seiten bekämpften und die Bevölkerung zur Flucht zwangen. Auf die neuen Entwicklungen reagiert sie mit Optimismus, genau wie Rebecca Ajok, eine vierfache Mutter, die die 21 Kriegsjahre überlebt hat.



Ajok freut sich, dass die Regierungsflugzeuge keine Bomben mehr abwerfen. Sie hofft, dass sie einen kleinen Betrieb eröffnen und ohne Angst in die Kirche gehen kann, zusammen mit ihrem Mann, der sich gerade erst in einen Kurs für Erwachsenenbildung eingeschrieben hat.

„Schauen Sie nur, was wir mitgemacht haben. Es war schwer, während dieses Krieges überhaupt noch irgendetwas zu tun“, erzählt sie und zeigt auf das, was von der ehemaligen Residenz des anglikanischen Bischofs von Rumbek übrig geblieben ist. Nach den massiven Bombenangriffen, die die sudanesischen Regierungstreitkräfte in der Vergangenheit auf Rumbek geflogen haben, stehen nur noch die Aussenmauern des Gebäudes.

Die Erwartungen der Bevölkerung, die mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens gewachsen sind, übersteigen die knappen Ressourcen, die dem Sudan zur Verfügung stehen.

In den Städten im Umfeld von Rumbek, die ein Team leitender ReligionsvertreterInnen aus Kenia, Senegal, Tansania, Uganda und dem Süd- und Nordsudan vom 14. bis 19. März besucht hat, bringen örtliche Gemeinschaften, KirchenleiterInnen und VertreterInnen der SPLM/A ihre Enttäuschung zum Ausdruck, die sie in ihren Bemühungen, den durch das Friedensabkommen entstandenen neuen Herausforderungen aktiv zu begegnen, immer wieder erleben.

„Wir sind diesen Menschen begegnet und haben ihnen zugehört. Die Bedürfnisse der Bevölkerung sind unendlich gross. Die Hilfe muss bald kommen“, erklärt Pfr. Mcleord Baker Ochola II. Der emeritierte anglikanische Bischof von Kitgum in Norduganda leitete die Delegation der Interreligiösen Initiative für Frieden in Afrika (IFAPA) auf ihrem Solidaritätsbesuch im Sudan.

Der IFAPA-Prozess wurde 2002 vom Lutherischen Weltbund (LWB) initiiert und verfolgt das Ziel, leitende religiöse Persönlichkeiten aus ganz Afrika aktiv an den Bemühungen um Konfliktlösung und Friedensschaffung auf dem Kontinent zu beteiligen. Das IFAPA-Sekretariat hat seinen Sitz in Nairobi (Kenia) und entstand in der Folge des Ersten Interreligiösen Friedensgipfels in Afrika, der im Oktober 2002 in Johannesburg (Südafrika) stattfand.

Die Erwartungen der Menschen im Südsudan, so erfuhr die Delegation, reichen von der Befriedigung der Grundbedürfnisse, wie Nahrungsmittel, Wasser und Kleidung, bis zum Aufbau der Infrastruktur, einschliesslich Strassen und Schulen. Einige VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs)



„Frieden ist gut“, betont die siebenjährige Ayen Chol.
© Frederick Nzwilli

warnen bereits davor, dass diese Erwartungen leicht in Enttäuschung umschlagen könnten, sollten die zurückkehrenden Flüchtlinge und Binnenvertriebenen feststellen, dass noch keine humanitären Hilfsprogramme angelaufen sind.

„Dies könnte zu einem Stimmungswechsel gegen den Frieden führen. Wenn diese Menschen zuhause keine Perspektive haben, dann könnten sie bedauern, zurückgekommen zu sein“, erklärt Taban Emmanuel, Programmmitarbeiter der Catholic Relief Services in Rumbek.

Mehr Bedürfnisse als verfügbare Mittel

Nach eigenen Angaben benötigt der Südsudan für die Befriedigung der unmittelbaren humanitären Bedürfnisse circa 500 Millionen US-Dollar (USD), aber bis Anfang März waren erst 24 Millionen USD eingegangen.

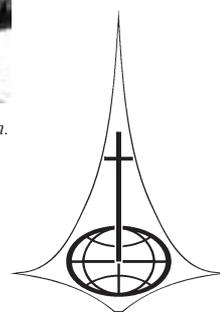
Schätzungen zufolge hat der Krieg im Sudan zwei Millionen Menschen das Leben gekostet. Humanitäre Organisationen gehen davon aus, dass vier Millionen SudaneseInnen zu Binnenvertriebenen bzw. gezwungen wurden, das Land zu verlassen. Mary Biba, Leiterin des Bezirks Yambo im Süden des Landes, erklärt, dass einige der zurückkehrenden Flüchtlinge ihre Kinder durch Krankheiten verloren haben.

„Wir haben versucht zu helfen, wo wir konnten, aber da wir nur über begrenzte Mittel verfügen, konnten wir nichts anderes tun, als dieses Leid mit anzusehen. Das war nicht leicht“, fügt sie hinzu.

Am 9. März haben die sudanesischen Regierung und die SPLM/A einen Aufbau- und Entwicklungsplan über nachhaltigen Frieden, Entwicklung und Armutsbeseitigung veröffentlicht. Dieser Plan basiert auf den Ergebnissen



Frauen und Kinder schöpfen Wasser aus einem Bohrloch in Rumbek im Südsudan.
© Frederick Nzwilli



der Gemeinsamen Bewertungsmission der UNO und der Weltbank, die 7,8 Milliarden USD für die Finanzierung der ersten Stufe eines Aufbau- und Entwicklungsplans für den Sudan nach dem Krieg veranschlagt hat. Nach diesem Plan soll die internationale Gemeinschaft ersucht werden, circa ein Drittel der insgesamt benötigten Mittel bereitzustellen. Die sudanesischen Verhandlungsparteien gaben an, dass der grösste Teil des Eigenbeitrags aus inländischen Erdölerträgen stammen wird, aber einige leitende Vertreter des Südens lehnten diesen Vorschlag ab.

„Die Gelder können nicht nur aus den Erdölgewinnen kommen, weil unsere Bedürfnisse grösser sind als das, was das Öl hergibt“, erklärt Kauc Nak, Leiter des Bezirks Rumbek.

Laut Verwaltungskreisen des Südens gibt es eine akute Knappheit an Medikamenten, Wasser und Nahrungsmitteln. Die Lage in den Schulen sei prekär, da die SchülerInnen jetzt, wo Frieden ist, aller Voraussicht nach wieder in Scharen zur Schule gehen werden.

Sind Schulen unter Bäumen die beste Lösung?

„Das Gute ist, dass diese Schulen unter Bäumen sind, daher können sie möglichst viele Kinder aufnehmen.“ Aber „ist das wirklich das Beste?“, fragt Nak.



Typisch für Rumbek: eine neu gebaute Hütte steht neben den Ruinen eines zerstörten Steinhauses. © Frederick Nzwilli



Mitglieder der interreligiösen Delegation, die im März 2005 das Gebiet um Rumbek im Südsudan besuchte. Die Mitglieder der Delegation kamen aus Kenia, Senegal, Tansania, Uganda sowie dem Süd- und Nordsudan. © Frederick Nzwilli

Muyek Makoi, Lehrer an der weiterführenden Schule in Rumbek, macht sich dazu seine eigenen Gedanken. „Hier ist es normalerweise sehr windig und Sie werden sich vorstellen können, wie sehr die Kinder darunter leiden“, sagt er.

Nak wird kategorisch: der Südsudan könne über Entwicklung nicht einmal reden, bevor er nicht die dringendsten Bedürfnisse der Menschen erfüllt habe. „Hier geht es um die Bereitstellung des Notwendigsten. Uns fehlt es an allem. Da kann ich mir nicht vorstellen, dass irgendjemand beschliessen würde, Krieg zu führen“, meint er.

Im Sudan beträgt die Lebenserwartung nur 42 Jahre, nur ein Viertel der Bevölkerung kann lesen und schreiben. Die BewohnerInnen des Südsudan berichten den BesucherInnen, dass sie der Welt erzählen sollen, „dass eure Brüder und Schwestern im Sudan leiden und eure Hilfe brauchen.“ (1.066 Wörter)

(Ein Bericht des in Nairobi ansässigen Journalisten Fredrick Nzwilli, der die IFAPA-Delegation in den Südsudan begleitete.)

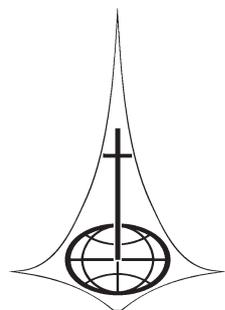
Dieser Beitrag gehört zu einer Feature-Serie der Lutherischen Welt-Information (LWI) zum Thema der Zehnten LWB-Vollversammlung 2003 „Zur Heilung der Welt“.

Ökumenisches Forschungsinstitut feiert 40-jähriges Bestehen

Am 3. April hat das Institut für Ökumenische Forschung in Strassburg (Frankreich) sein 40-jähriges Bestehen gefeiert. Das Institut wurde am 1. Februar 1965 eröffnet und verbindet wissenschaftliche Forschung und Unterstützung der theologischen Arbeit der Kirchen, ökumenische Dialoge sowie Vermittlung und Rezeption dieser Dialoge. Es wird von der „Lutherischen Stiftung für Ökumenische Forschung“ getragen, die ihrerseits auf der Vierten Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB) 1963 in Helsinki (Finnland) eingerichtet wurde und das Ziel verfolgt, zur Wahrnehmung der ökumenisch-theologischen Verantwortung der lutherischen Kirchen beizutragen.

Das Strassburger Institut – mit seinen sechs ProfessorInnen, zwei DoktorandInnen und zwei VerwaltungsassistentInnen – ist von zentraler Bedeutung für die lutherische Ökumene. Die hier geleistete Forschungsarbeit hat wichtige Beiträge zum modernen ökumenischen Denken geleistet; sie hat Schlüsselbegriffe wie „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“ und „differenzierter Konsens“ geprägt und damit die konzeptionellen Grundlagen für einen Grossteil des lutherischen ökumenischen Dialogs gelegt.

Der dänische Theologe Dr. Niels H. Gregersen ist Vorsitzender des Kuratoriums des Instituts. (159 Wörter)



FEATURE: Religiöse Gemeinschaften in Liberia und Sierra Leone rufen zur Hoffnung auf

Appell an LWB-Delegation: Internationale Gemeinschaft muss zerbrechlichen Frieden intensiver unterstützen

Monrovia (Liberia)/Genf, 18. April 2005 (LWI) – Im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Liberia, die im Oktober dieses Jahres stattfinden, setzt der lutherische Bischof Sumoward E. Harris alles daran, dass sich die Kirchen seines Landes aktiv für die Beteiligung aller wahlberechtigten BürgerInnen an den Wahlen engagieren.

Aus verschiedenen Gründen hätten die LiberianerInnen „die Macht, die sie durch die Abgabe ihrer Stimme erhalten, nie richtig und voll ausgeschöpft“, so Harris. „Durch Unwissen und Missbrauch“ sei es dazu gekommen, dass Wahlen, die ein sehr wichtiges und machtvolleres Werkzeug darstellten, Liberia zu einem rückständigen, unterentwickelten und selbstzerstörerisch agierenden Land gemacht hätten. „Eigennutz, Machtgier, Reichtum und Vetternwirtschaft haben zu Blutvergiessen geführt und dem souveränen Volk, von dem die Macht ausgeht, grosses Leid zugefügt“, betonte der Leiter der Lutherischen Kirche in Liberia (LKL), der zugleich Präsident des Liberianischen Rates der Kirchen (LCC) ist.



Der liberianische Bischof Sumoward E. Harris (LKL) im Gespräch mit JournalistInnen anlässlich des Besuchs der LWB-Delegation in Westafrika.
© LWB/M. Filibus

„Die Kirchen haben während der Krise aus ihren Erfahrungen gelernt“, erklärte Harris auf einem Informationsworkshop für WählerInnen, der Mitte Februar in der liberianischen Hauptstadt Monrovia stattfand. „Viele Politiker und Politikerinnen haben das Land verlassen, aber die Verantwortlichen in den Kirchen sind geblieben, um für ihre Gemeinden da zu sein, und haben zusammen mit ihnen gelitten. Genau wie leitende Vertreter und VertreterInnen anderer Religionen standen [sie] vor der schweren Aufgabe, ihren Gemeindemitgliedern zu dienen und ihnen zur Seite zu stehen“, so der LKL-Bischof.

Knapp zwei Jahre sind vergangen, seit im August 2003 ein umfassendes Friedensabkommen zwischen

den Krieg führenden Parteien in Lomé (Togo) unterzeichnet wurde, das den 14-jährigen Bürgerkrieg im Land beendete. Die Nationale Übergangsregierung Liberias (National Transitional Government of Liberia – NTGL) unter Vorsitz von Gyude Bryant, die sich aus ehemaligen Aufständischen, Mitgliedern der alten Regierung und VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Gruppen zusammensetzt, erhielt ein auf zwei Jahre begrenztes Mandat, das im Oktober 2003 anlief. Ihr Auftrag ist es, die Anstrengungen zum Wiederaufbau des zerstörten Landes zu koordinieren und Wahlen abzuhalten.

Aufruf an internationale Gemeinschaft zur Unterstützung des Wahlprozesses

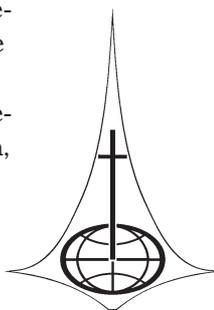
„[Wir] haben beschlossen, uns voll am Wahlprozess zu beteiligen, indem wir mit der Nationalen Wahlkommission (NEC) zusammenarbeiten und Pfarrer sowie Pfarrerinnen, Laienführer und Laienführerinnen, Mitglieder unserer Gemeinden und andere darauf vorbereiten, sich umfassend an bevorstehenden Wahlen zu beteiligen“, erklärte Harris.

Im Namen des LCC forderte er die Übergangsregierung nachdrücklich dazu auf, „alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um sicherzustellen, dass die NEC die notwendige Unterstützung erhält, um die Bevölkerung Liberias auf die Abhaltung freier, gerechter und transparenter Wahlen vorzubereiten.“ Er appellierte auch an die internationale Gemeinschaft unter der Leitung der Vereinten Nationen, der NEC und dem liberianischen Volk die dafür erforderliche finanzielle, materielle und logistische Unterstützung zu gewähren.

Gute Regierungsführung, so Harris, beginne mit der ordnungsgemässen Eintragung der WählerInnen ins Wählerverzeichnis, der staatsbürgerlichen Erziehung zur Verantwortung und der Aufklärung der BürgerInnen über ihr Wahlrecht und die ihnen dadurch zuwachsende Macht. „[Sie] beginnt auch damit, dass die BürgerInnen sich weigern, ihre Stimme für Reis oder Geld oder für falsche und leere Versprechungen auf zukünftige Posten zu verkaufen.“

Laut Harris besteht ein Glaubwürdigkeitstest für die bevorstehenden Wahlen darin, dass die Übergangsregierung mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft sicherstellt, dass die Binnenvertriebenen, die zur Rückkehr in ihre Heimat bereit sind, die notwendige Unterstützung erhalten.

Anlässlich des Besuchs einer hochrangigen Delegation des Lutherischen Weltbundes (LWB) in Liberia,



deren Gastgeber die LKL im Februar war, brachte Harris ähnliche Anliegen vor. Er appellierte an die leitenden VertreterInnen des LWB, dem seine Kirche seit 1966 angehört, „als ‚good will-Botschafter‘ Liberias die internationale Gemeinschaft zur Unterstützung für den Wiederaufbau des vom Krieg zerstörten westafrikanischen Landes aufzurufen“. In Liberia leben mehr als 300.000 Menschen in Flüchtlingslagern, von denen einige von der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) betreut werden.

Liberias Stabilität hat Auswirkungen auf das benachbarte Sierra Leone

Die LWB-Delegation besuchte auch das benachbarte Sierra Leone, wo der von 1991 bis 2002 herrschende Bürgerkrieg zwischen der Regierung und den Rebellen truppen Zehntausende Menschen das Leben gekostet und mehr als zwei Millionen Menschen – über ein Drittel der Bevölkerung des Landes – zu Binnenvertriebenen und Flüchtlingen gemacht hatte. Seit den Wahlen 2002 ist wieder relativer Friede eingekehrt und die Regierung konnte ihre Position zunehmend festigen. Der allmähliche Abzug der UN-Friedenstruppen im letzten Jahr sowie Anfang 2005, die beunruhigenden politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Guinea und die Sicherheitslage im benachbarten Liberia bergen für die allgemeine Stabilität des Landes jedoch Risiken.

In der Nähe von Freetown (Sierra Leone) besuchte die LWB-Delegation ein Lager, in dem rund 7.000 verstüm-



Hoffnung nach über einem Jahrzehnt Bürgerkrieg in Sierra Leone: LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko (ganz li.) und ELKSL-Bischof Thomas J. Barnett (zweiter von li.) im Gespräch mit DorfbewohnerInnen. Die ELKSL unterstützt Kriegsversehrte mit Einkommen schaffenden Projekten. © LWB/M. Filibus



LWB-Präsident Bischof Mark S. Hanson (vierter von li.) mit einer Gruppe von PfarrerInnen der ELKSL, darunter auch LWB-Ratsmitglied Pfarrerin Marie J. Barnett (zweite von re.), während des Besuchs der LWB-Delegation in Sierra Leone. © LWB/M. Filibus

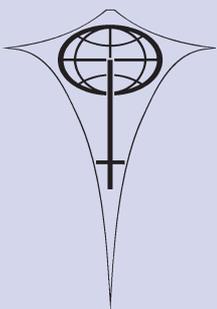
melte Flüchtlinge und Binnenvertriebene aus Liberia und Sierra Leone leben. Viele von ihnen sind für immer gezeichnet von den Folgen der Taktik der Rebellengruppen im Kampf um die Kontrolle über die Hauptstadt. Diese liessen zur Abschreckung ZivilistInnen Gliedmassen abhacken. Über das Programm der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Sierra Leone (ELKSL) und das dortige AWD-Programm helfen LWB-Partner, einschliesslich der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA), bei der Wiederansiedlung von Familien und der Schaffung von Einkommen schaffenden Projekten, wie Bäckereien und Handwerksbetrieben. Andere Hilfsprojekte sorgen für die Bereitstellung von Trinkwasser und den Aufbau von Krankenstationen und Schulen.

Allerdings gibt es in Sierra Leone auch noch andere drängende Probleme. „Der Krieg ist vorbei, die Wahlen haben stattgefunden, aber wir haben immer noch einen sehr mächtigen Feind – HIV/AIDS“, erklärt ELKSL-Bischof Thomas J. Barnett. Er verwies auf die bewusstseinsbildende Arbeit, die die Kirche mit grossem Engagement leiste, um die Menschen darüber aufzuklären, wie das HI-Virus übertragen wird.

Es gibt jedoch auch positive Zeichen. Zwischen ChristInnen und MuslimInnen in Sierra Leone bestünden sehr gute Beziehungen – das sei eine Tatsache, hebt Barnett hervor. Der ELKSL-Bischof ist auch Präsident des Interreligiösen Rates von Sierra Leone, der als Vermittler im Friedensprozess eine wichtige Rolle gespielt hat.

(931 Wörter)

(Ein Beitrag von LWI-Korrespondent Philip Sandi aus Monrovia, Liberia.)



Herausgegeben von:
Lutherischer Weltbund
150, route de Ferney
Postfach 2100
CH-1211 Genf 2, Schweiz
Telefon +41/22-791 61 11
Fax +41/22-791 66 30
E-Mail: info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org